

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

**Frauenstreik:** Verkäuferinnen fordern einen lila GAV. Seite 3

# Reinigerinnen ins Rampenlicht!



**Ausgewischt:** Batmaid auf der Anklagebank. Seite 5

**Unsichtbar:** Was Reinigung mit Macht zu tun hat. Seite 15

**Kämpferisch:** Zarije Bajrami dichtet und putzt. Seite 20

FOTOS: ZVG / UNIA / KEISTONE

**Prämien? Deckel drauf!**  
Das grosse Abstimmungsossier zum 9. Juni. Seiten 2 und 10-11

**Jäger der Menschenhändler**  
Die Spezialwaffe der Berner Fremdenpolizei. Seite 7

## Streik bei Vetropack

Für die letzte Schweizer Glashütte gehen die Vetropack-Büezer in die Vollen – mit erstem Erfolg. Seite 6







**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## PUTZEN IST POLITISCH

Ein Swipe nach rechts zur Glückseligkeit. Oder zumindest die Hoffnung darauf. Was früher das Dorffest, sind heute Dating-Apps wie Parship, Tinder & Co. Der Wisch nach rechts bedeutet Interesse. Dieser digitale Weg in die Zweisamkeit wird von Jung und Alt rege genutzt. Und hat bereits Einzug gehalten in die Welt der Wissenschaft. So forscht Soziologin Lena Hipp am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zu Datingchancen und Berufswahl. Ihre ersten Forschungsergebnisse (präsentiert in einem Kurzvideo:

**Stereotype bestimmen unser Liebesleben, auch heute noch.**

rebrand.ly/beruf-dating) zeigen: In der (digitalen) Partnerwahl sind wir stockkonservativ. Heteromänner wollen lieber eine

Primarlehrerin als eine Ingenieurin daten, Heterofrauen interessieren sich umgekehrt mehr für den Ingenieur als den Primarlehrer.

**UNGEFILTERT.** Wirklich erstaunlich sind diese Forschungsergebnisse nicht. Zeigen sie doch ungefiltert, wo wir gesellschaftlich in Sachen Gleichstellung stehen. Hier die Frau, die sich kümmert, dort der Mann, der macht. Macht ist auch im Spiel: Ein Mann bandelt offenbar lieber mit einer Frau an, die ihm ökonomisch und ausbildungsmässig unterlegen ist. Umgekehrt sucht Frau die starke Mannerschulter, weil sie alleine nicht stehen kann. Diese hartnäckigen Stereotype bestimmen unser Liebesleben, auch heute noch. Und sie spielen bei der Berufswahl junger Menschen nach wie vor eine Rolle, wie Soziologin Hipp schreibt. Was sich wiederum auf das Einkommen auswirkt: Frauen arbeiten häufiger Teilzeit und in Tieflohnjobs als Männer. Zum Beispiel in der Reinigung. Und auch hier geht's um Macht.

**HOCHROT.** Wie bei der Putzfirma Batmaid (ja genau, das ist die Bude, für die Ex-Tennisstar Martina Hingis Werbung macht). Dort standen sich unlängst zwei sehr ungleiche Parteien vor Gericht gegenüber: auf der einen Seite der CEO, begüterter Industriellen-Sprössling. Auf der anderen Seite Fatimah Aden, Reinigerin, geflüchtet aus Somalia, mit dem prekären Aufenthaltsstatus F, ohne finanzielles Polster. Sie klagte, weil ihr Batmaid weder Transportkosten noch Reisezeit bezahlte und somit gegen den GAV der Reinigungsbranche versties. Und sorgte damit für hochrote Köpfe (Seite 5).

**BLITZBLANK.** Putzen ist politisch. So auch die Büroreinigung. Diese findet meist zu Randzeiten statt. Stöckelschuhgeherinnen und Anzugträger bekommen gar nicht mit, wer ihren Arbeitsplatz auf Hochglanz trimmt. Auch das ist Ausdruck eines Machtverhältnisses: Putzen erfährt generell wenig Wertschätzung, Frauen erledigen diese Arbeit oft unbezahlt, was sie gesellschaftlich abwertet. Kommt hinzu: Vor allem Migrantinnen arbeiten als Reinigerinnen. Das Beispiel Norwegen zeigt, dass Büroreinigung auch geht, ohne die Frauen an die Tagesränder zu verstossen und sie unsichtbar zu machen (Seite 15).

Für alle gut sichtbar und laut werden die Detailhändlerinnen Maryam Goudarzi und Kara Diggelmann am 14. Juni sein. Sie wollen endlich den Kunden als König stürzen. Und sie fordern: höhere Löhne, konkrete Massnahmen gegen sexuelle Belästigung, mehr Respekt, Schluss mit dem Tabuthema Menstruation (Seite 3). Alle feministischen Forderungen sollen in die GAV-Verhandlungen einfließen, damit es endlich vorwärtsgeht: Damit sich die Arbeitsbedingungen der Frauen verbessern. Damit Gleichstellung endlich in den Köpfen der Menschen ankommt. Damit auch Ingenieurinnen nach rechts gewippt werden.

# Unia-Präsidentin Vania Alleva zur Abstimmung vom 9. Juni Prämien-Wahnsinn stoppen – Ja zur Entlastungsinitiative!

Die Krankenkassenprämien sind ausser Rand und Band. Heute zahlen wir alle zweieinhalbmal so viel wie vor 25 Jahren – und zwar teuerungsbereinigt. Das heisst, die Prämienkosten sind in diesem Zeitraum dreizehnmal mehr gestiegen als die Löhne und sogar fünfzigmal mehr als die AHV-Renten! Und Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Letztes Jahr sind die Prämien um 6 Prozent gestiegen. Dieses Jahr zahlen wir fast 9 Prozent mehr. Und laut den Prognosen von Comparis wird es nächstes Jahr noch einmal 6 Prozent teurer. Das spüren wir alle im Portemonnaie.

Diese Fehlentwicklung treibt immer mehr Menschen in die Schuldenfalle. Die Krankenkassenschulden der Schweizer Bevölkerung haben einen Rekordwert erreicht. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Arbeitnehmende aus Tieflohnbranchen, Pensionierte mit einer kleinen Rente und immer mehr auch Familien mit normalen Einkommen.

**Die Fehlentwicklung bei den Prämien treibt immer mehr Menschen in die Schuldenfalle.**

Schuld daran ist die unsoziale Kopfprämie bei den Krankenkassen. In keinem anderen Land Europas zahlt die Verkäuferin oder der Elektriker gleich viel für die Krankenkasse wie der Milliardär. Und nirgendwo sonst in Europa ist der Anteil der Gesundheitskosten an den individuellen Haushaltsbudgets höher als hier. Die Prämien sind eine ungerechte Kopfsteuer, die Belastung steigt ungebremst, das System ist eine Fehlkonstruktion.

**VERSPROCHEN.** Diesen Prämien-Wahnsinn müssen wir dringend stoppen – und zwar jetzt, mit einem JA zur Prämienentlastungsinitiative. Sie verlangt eine Deckelung der Krankenkassenprämien, so dass niemand mehr als 10 Prozent des Einkommens dafür aufbringen muss. Eigentlich bescheiden, denn bei der Einführung der obligatorischen Krankenkassen hatte uns der Bundesrat versprochen, dass niemand mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien zahlen müsse. Die Politik hat sich bisher nicht um dieses Versprechen geschert. Das können wir mit einem JA am 9. Juni ändern.

Laut Umfragen hat die Prämienentlastungsinitiative gute Chancen. Bei einer Annahme müsste erstens die Prämienverbilligung neu auf breite Bevölkerungskreise ausgedehnt werden: auf jene, die heute am meisten

unter der Kostenexplosion leiden. Das schützt normale Einkommen, Familien, Pensionierte. Und zweitens könnten sich die Gesundheits-Lobbyisten im Bundeshaus nicht mehr schamlos bei den Prämienzahlenden bedienen, um die Verschwendung und Profitgier im Gesundheitswesen zu finanzieren. Bund und Kantone hätten damit endlich einen Anreiz, um überhöhte Medikamentenpreise zu senken, Doppelspurigkeiten zu beseitigen, Kostentransparenz zu schaffen und den teuren und ineffizienten Kassenwildwuchs zu beenden.

**PHARMA LOBBY.** Die Kostenbremseinitiative der Mitte-Partei, die ebenfalls am 9. Juni zur Abstimmung kommt, bietet hingegen nicht mehr als leere Versprechen. Ihr fehlt der wirksame Hebel einer solidarischeren Finanzierung – und damit ein echter Anreiz, die Profitlogik der Pharmakonzerne und der privaten Gesundheitsanbieter einzudämmen. Wenn man die bisherige Erfolgslage der Pharmalobby anschaut, von der ja ein erheblicher Teil bei der Mitte-Partei Unterschlupf gefunden hat, wäre stattdessen ein Abbau bei den Leistungen und beim ohnehin bereits



**VANIA ALLEVA:** «In keinem anderen Land Europas zahlt die Verkäuferin gleich viel für die Krankenkasse wie der Milliardär.» FOTO: GAËTAN BALLY

## DOSSIER

Lesen Sie **mehr zur Prämienentlastungsinitiative** in unserem Dossier: Seiten 10/11

überlasteten Gesundheitspersonal zu erwarten. Dazu sagen wir NEIN.

Obwohl es der Wirtschaft gutgeht, bleibt uns seit Jahren immer weniger zum Leben. So kann es nicht weitergehen! Wir sagen: Prämien runter und Löhne rauf! Deshalb braucht es ein JA am 9. Juni, und deshalb mobilisieren wir für eine nationale Lohndemo am 21. September.»

## Nach Jahren des Gezänks: Historischer GAV-Erfolg Die Basler Gärtner feiern!



**NACHHALTIG:** Ein GAV-Baum für die Zukunft. FOTO: UNIA

Nach Jahren des Gezänks und juristischer Hickhacks gelang im März endlich der Durchbruch: Die Unia ist erstmals Teil des Gesamtarbeitsvertrags für die grüne Branche beider Basel. Das hat sie mit den bisherigen Vertragspartnern Grüne Berufe Schweiz und Jardin Suisse so vereinbart. Der Basler GAV ist somit

**«Mit einem GAV, der allgemeinverbindlich ist, gibt es nur Gewinner.»**

UNIA-MANN LUCIEN ROBISCHON

der aktuell einzige Gärtner-GAV der Deutschschweiz, an dem die Unia beteiligt ist. In den anderen Kantonen sperren sich die Meister noch gegen die Gewerkschaft, die notfalls auch den Hosenlupf nicht scheut. Der Schaffhauser Gärtnerstreik von 2013 sitzt vielen Meistern noch immer in den Knochen. Umso wichtiger der Erfolg im Dreiländereck. Und der wollte gebührend gefeiert werden.

Am Feierabend des 23. Mai trafen sich über 60

Gärtnerinnen und Gärtner in Allschwil BL. Die Unia stellte Apéro, Znacht und Grill. Sogar einen GAV-Baum haben die Feiernenden gepflanzt, damit das Werk auch richtig erblühe! Unia-Kampagnenleiterin Marijana Radmanovac betonte: «Das ist ein historischer Moment! Mit dem GAV können wir die Arbeitsbedingungen in der Branche verteidigen und verbessern.»

**MITMACHEN.** Lucien Robischon, Sektorleiter Bau der Unia Aargau Nordwestschweiz, erinnerte allerdings daran, dass der aktuelle GAV in gut einhalb Jahren ausläuft. Nun gehe es darum, möglichst viele Berufsleute zu involvieren. Je mehr mitmachten, desto leichter seien neue Erfolge zu erreichen. Diese kämen letztlich der ganzen Branche zugute: «Mit einem fortschrittlichen GAV, der allgemeinverbindlich ist, gibt es nur Gewinner. Die Firmen haben wieder gleich lange Spiessie, es gibt eine Kontrollmöglichkeit, und der Beruf kann mit einer soliden Weiterbildungsfinanzierung attraktiv gehalten werden.» (jok)





AM FRAUENSTREIK DABEL: Detailhändlerinnen Maryam Goudarzi (35) und Kara Diggelmann (28). FOTOS: KEYSTONE/LEA SPÖRRI

## Maryam Goudarzi und Kara Diggelmann fordern: «Der lila Protest gehört in den GAV»

**Am historischen Frauenstreik 2019 gingen über eine halbe Million Menschen auf die Strasse. Auch der 14. Juni 2023 setzte ein starkes Zeichen. work hat zwei Verkäuferinnen getroffen und mit ihnen über die Wirkung der lila Welle gesprochen.**

IWAN SCHAUWECKER

Maryam Goudarzi (35) arbeitet als Verkäuferin im Detailhandel. 2023 konnte sie nicht am Frauenstreik teilnehmen, weil sie arbeiten musste. Doch dieses Jahr hat sie sich den ganzen Tag freigenommen und wird am 14. Juni mit anderen Aktivistinnen der Unia auf die Strasse gehen. Goudarzi sagt: «Wir müssen

**«Unsere Löhne sind zu tief, und es fehlt an Respekt.»**

MARYAM GOUDARZI, VERKÄUFERIN IM DETAILHANDEL

den Frauenstreik noch viel grösser machen, denn es gibt weiterhin sehr viele Gründe für unseren Protest: zu tiefe Löhne und miserable Frauenrenten, Belästigung, fehlender Respekt und Diskriminierung bei der Arbeit.»

Auch Kara Diggelmann (28) wird dieses Jahr beim Frauenstreik dabei sein. Sie arbeitete in verschiedenen Jobs Teilzeit im Verkauf, im Kino oder auch als Glaceverkäuferin. Mit der Unia-Jugend war sie bereits beim legendären Frauenstreik im Jahr 2019 mit dabei. Diggelmann sagt: «Im Vorfeld des Streiks haben wir Flyer an die Verkäuferinnen in den Läden verteilt, bis uns der Sicherheitsdienst rauschmiss. Dann wussten wir, dass wir einen guten Job für die Mobilisierung gemacht haben.»

Der Laden, in dem Goudarzi arbeitet, ist von 6 Uhr morgens bis 23 Uhr geöffnet. Als Kassierin muss sie immer eine Viertelstunde vor ihrem offiziellen Arbeitsbeginn um 14 Uhr dort sein, um noch das Geld in ihrer Kasse zu zählen. «Das sind so kleine Dinge, aber über die Woche arbeite ich mehr als eine Stunde zusätzlich, ohne dass ich dafür bezahlt werde.»

### CHEFS BEVORZUGEN WEITERHIN MÄNNER

Goudarzi kam vor etwas mehr als zehn Jahren in die Schweiz: «Als Ausländerinnen und Ausländer werden wir trotz Ausbildung in unserem Heimatland als Ungelernte angestellt, das bedeutet weniger Lohn, aber eigentlich arbeiten wir genau gleich wie die Gelernten.» Als Ausländerin müsse sie sich gleich doppelt wehren, um nicht benachteiligt zu werden. «Ich habe immer wieder gesagt, dass ich jetzt eine Ausbildung im Detailhandel machen möchte, aber mir scheint, dass die Chefs bei diesem Thema meine männlichen Kollegen bevorzugen.»

### DER KUNDE IST KEIN KÖNIG MEHR

Für Diggelmann und Goudarzi ist die Arbeit im Detailhandel auch eine Herausforderung, weil so viele unterschiedliche Leute und Ansprüche zusammenkommen. Goudarzi sagt: «Man muss innerhalb des Teams einen guten Umgang finden, aber auch mit den Vorgesetzten und natürlich mit den Kundinnen und Kunden.» Diggelmann findet das von den Chefinnen und Chefs oft gepredigte Motto «Der Kunde ist König» völlig überholt und für die Frauen im Detailhandel besonders problematisch: «Dumme Kommentare der Kundschaft oder im schlimmsten Fall sexuelle Belästigungen müssen wir dann einfach hinnehmen, aber eigentlich müssten wir das melden können.»

### VOM PROTEST IN DEN GAV

Die beiden Frauen sagen, dass die feministischen Forderungen der Frauenstreiks jetzt unbedingt auch bei der Neuaushandlung des Gesamtarbeitsvertrages für den Detailhandel berücksichtigt werden müssten. Zum Beispiel konkrete Massnahmen gegen sexuelle Belästi-

gung. Diggelmann sagt: «Wir müssen schauen, dass sich bei den Neuverhandlungen des GAV möglichst viele Frauen von der Basis beteiligen können.» So könne der Frauenstreik vom lautstarken Protest auch zu konkreten Verbesserungen für die vielen Frauen mit tiefen Löhnen und Diskriminierungserfahrungen führen. Für Diggelmann ist der Frauenstreik auch immer ein guter Moment, um Ängste abzubauen, Selbstvertrauen zu gewinnen und ein Gruppengefühl zu schaffen. Diggelmann sagt: «Auch wenn in den letzten fünf Jahren viele feministische Ideen zum Mainstream geworden sind, bleibt unsere Kultur sehr individualistisch und patriarchal geprägt.»

### GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Maryam Goudarzi's Hauptanliegen am diesjährigen Frauenstreik ist die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. «Manche Feministinnen übertreiben es, wenn sie nur für Frauen und gegen Männer sind. Damit kann ich mich nicht identifizieren, aber ich finde, dass wir den gleichen Lohn wie die Männer verdient haben.» Zudem möchte Goudarzi frauenspezifische Themen, zum Beispiel Schmerzen und hormonelle Schwankungen beim Menstruationszyklus, noch mehr in die Debatte einbringen. Kara Diggelmann will mit dem Frauenstreik kulturelle und arbeitsrechtliche Forderungen zusammenbringen. «Als Feministin stehe ich ein für gleiche Rechte für Frauen und Männer und kämpfe gegen das patriarchale System, das weiterhin Geschlechterrollen zum Nachteil der Frauen erzwingt.»

### workzahl

# 32,8 Prozent

tiefer als diejenigen der Männer fallen die durchschnittlichen Renten der Frauen in der Schweiz aus.

## Frauenkonferenz Revolutionärin übernimmt

**Die Unia-Frauen wählen eine Elektrotechnikerin zur neuen Präsidentin. Und sie fordern: endlich Schluss mit sexualisierter Gewalt!**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Angereist aus der ganzen Schweiz, trafen sich 140 Frauen zur Unia-Frauenkonferenz in Solothurn. Gemeinsam blickten



AN DER SPITZE: Grazia Prezioso ist die neue Präsidentin der Unia-Frauen. FOTO: MICHAEL SCHOCH

die Gewerkschafterinnen auf die Frauenstreiks zurück und schmiedeten Pläne für die Zukunft. Zudem wählten sie eine neue Präsidentin: Grazia Prezioso (48) aus Winterthur. Sie arbeitet als Elektrotechnikerin und ist Mutter von zwei Töchtern. work hat Prezioso porträtiert ([rebrand.ly/worktagprezioso](https://rebrand.ly/worktagprezioso)).

Damals sagte sie: «Ich mache überall Revolution!» Nun also auch mit der IG Frauen der Unia.

Weiter verabschiedeten die Frauen einen feministischen GAV-Leitfaden. Sie fordern, dass bei GAV-Verhandlungen Themen wie Lohngleichheit, Elternzeit und Nulltoleranz bei sexueller Belästigung oder Diskriminierung einfließen. Besonders wichtig: die Forderung nach einem Mindestlohn von 5000 Franken. Denn in Tieflohnbereichen sind besonders viele Frauen tätig. Deshalb: alle Frauen raus zur grossen Lohndemo am 21. September!

TRIUMPH MOTIVIEREN. Mehrere Frauengruppen berichteten zudem Unvergessliches vom Frauenstreik 2023. Reinigerinnen aus Luzern berichteten sichtlich berührt: Sie und ihre Kolleginnen hatten

### Die Frauen fordern einen Mindestlohn von 5000 Franken.

die Chefin der SOS Reinigung frühmorgens mit einer Aktion unter Druck gesetzt. Die Reinigungsfirma hatte die Mitarbeitenden respektlos behandelt, keine Kinderzulagen oder Reisezeiten bezahlt, die Reinigerinnen eingeschüchtert und unter Druck gesetzt. Am 14. Juni gelang den Frauen gemeinsam mit Gewerkschaftssekretärin Ana Pica ein Triumph: Sie erreichten Lohngleichheit, pünktliche Lohnzahlungen und Schluss mit Mobbing (work berichtete: [rebrand.ly/Reinigerinnen-Luzern](https://rebrand.ly/Reinigerinnen-Luzern)).

Für die mutigen Frauen gab es Standing Ovations, und die Geschichte motivierte die Gewerkschafterinnen, auch an diesem 14. Juni auf den Strassen und in den Betrieben für ihre Rechte einzustehen.



ENGAGIERT: 140 Frauen aus der ganzen Schweiz sind nach Solothurn gereist und haben gemeinsam einen feministischen GAV-Leitfaden erarbeitet. FOTO: UNIA

hen. Ganz besonders gegen Gewalt: Die Frauenkonferenz fordert eine nationale Kampagne zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, sexueller Belästigung und Diskriminierung. Diese ist dringend nötig, denn noch heute erlebt jede dritte Frau sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, und alle zwei Wochen stirbt in der Schweiz eine Frau durch Gewalt ihres Partners oder Ex-Partners.



# Asbest: Todesfälle steigen weiter an

**LUZERN.** Seit 1990 ist Asbest als Baustoff in der Schweiz verboten. Doch die Zahl der asbestbedingten Todesfälle hat seither stetig zugenommen. Im Jahr 2021 gab es in der Schweiz 170 asbestbedingte Todesfälle, so viele wie noch nie, das zeigen die neusten Zahlen der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (Suva). Die Todesfälle steigen weiter an, weil zwischen dem Zeitpunkt der Exposition mit Asbest und dem Ausbruch einer tödlichen Krankheit oft mehrere Jahrzehnte vergehen. Zudem geraten bei der Sanierung von Altbauten immer noch viele Bauleute mit Asbest in Kontakt. Die Suva führt jährlich 3000 Baustellenkontrollen mit Fokus auf Asbest durch. Bei der Hälfte der Kontrollen verhängt die Suva einen Baustop, weil sie einen Verstoss gegen die Schutzmassnahmen feststellt.

## SP-Querulant Jositsch will Urteil ignorieren

**BERN.** Die Rechtskommission des Ständerates fordert, dass der Bundesrat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Fall der Klimaseniorinnen ignoriert. Durch die «bisherigen und laufenden klimapolitischen Bestrebungen der Schweiz» seien die beanstandeten Anfor-



**NOT AMUSED:** Die Klimaseniorinnen kritisieren Daniel Jositsch. FOTO: YOSHIKO KUSANO/LUNAX

derungen bereits erfüllt, schreiben die Ständerätinnen und -räte. Auch der Präsident der Kommission, SP-Querulant und Strafrechtswissenschaftler Daniel Jositsch, hat die Erklärung unterschrieben und wiederholt gegen das unbequeme Urteil gestänkert. Die Klimaseniorinnen kritisierten das Verhalten der Kommission aufs schärfste. Die Ständeräte würden mit ihrer Erklärung das Urteil der wichtigsten Institution zum Schutz der Menschenrechte übergehen und den notwendigen Klimaschutz in der Schweiz verhindern.

Weitere Kurznachrichten auf Seite 14

**workonline** Unsere Top-Artikel auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)

# Bürgermeister Mimmo Lucano ist wieder frei

2016 ging die Geschichte des kalabrischen Dorfes Riace um die Welt: Das US-Magazin «Fortune» kürte dessen Bürgermeister Domenico «Mimmo» Lucano zu einer der «50 wichtigsten Führungspersönlichkeiten der Welt», doch dann kam die Polizei.

Denn Riace durfte nicht sein, wenn es nach dem Willen des rechtsextremen Innenministers Matteo Salvini (heute Vizeregier-

## Matteo Salvini liess Lucano verhaften und aus Riace verbannen.

ungschef von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni) ging. 600 Asylsuchende hatten dem verlassenen Ort im tiefsten Süden Italiens neues Leben eingehaucht. Sie hatten Handwerksbetriebe und Läden gegründet, eine Ölmühle reaktiviert und brachliegendes Land kultiviert, jetzt gab es wieder eine Schule, reichlich Musik, einen Arzt. Zudem Kundschaft für die



**IN FREIHEIT:** Mimmo Lucano verlässt das Gefängnis voller Tatendrang und will nun im EU-Parlament wirken. FOTO: KEYSTONE

Cafés und neue Jobs für die Einheimischen. Abgewanderte kamen nach Riace zurück, etliche «gemischte» Ehen zeugen vom neuen Leben. Also liess Salvini Bürgermeister Lucano am 4. Oktober 2018 verhaften und aus Riace

verbannen. Gleichzeitig verfügte er, zahlreiche Migrantinnen und Migranten zu deportieren.

## NACH EUROPA TRAGEN

Salvini hatte «Mimmo» zum Staatsfeind Nummer eins erklärt.

Im September 2021 verurteilte ihn ein Gericht wegen «krimineller Verschwörung zur illegalen Immigration» und diverser Phantasiedelikte in einem politischen Prozess zu 13 Jahren und 2 Monaten Gefängnis.

Doch der politische Gefangene Lucano kämpfte weiter, nun unterstützt von zahlreichen Gruppen, Persönlichkeiten und Gewerkschaften aus ganz Europa. Ein Berufungsgericht kassierte jetzt den Richterspruch. Der Mann, inzwischen 65, ist frei – und er hat Pläne. Auch wenn ihm die jahrelange juristische Guerilla für die «andere mögliche Welt» (Lucano) Spuren ins Gesicht geschrieben hat, will Lucano wieder Bürgermeister werden, um Riace neuen Elan einzubringen. Und das globale Dorf nach Europa zu tragen: Er kandidiert auf einer rot-grünen Liste auch für das EU-Parlament.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/lucano)  
[rebrand.ly/lucano](http://rebrand.ly/lucano)

## Asbest Schmidheiny soll für Forschung zahlen



Auch 40 Jahre nach der Schliessung der Eternit-Fabrik in Casale Monferrato (IT) sterben jährlich noch rund 50 Menschen an Krebs, der durch Asbeststaub ausgelöst wird, den die Arbeiter und Dorfbewohnerinnen damals eingeatmet haben. Eine Witwe aus dem Dorf fordert nun vom Eternit-Erben und Milliardär Stephan Schmidheiny (76) einen finanziellen Beitrag an die Erforschung jener Krebsart, die der Asbest weiterhin massenhaft verursacht.



Den ganzen Brief lesen Sie unter [rebrand.ly/asbest](http://rebrand.ly/asbest)

## Pensionskassen-Propaganda

Der Schweizerische Pensionskassenverband (ASIP) ist der Dachverband von über 900 Pensionskassen. Sein Direktor heisst seit verganginem Spätsommer Lukas Müller-Brunner. Und der weilt jetzt ungeniert für die BVG-Revision der bürgerlichen Parlamentsmehrheit. Diese hat eine milliardenteure Abbauvorlage gezimmert, statt auf den Kompromissvorschlag der Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbandes einzutreten, wie es auch der Bundesrat wollte. Müller-Brunner preist die verunglückte BVG-Revision an, wiederholt die rechte Propagandathese über die serbelnde AHV und greift die Gewerkschaften frontal an. Unia-Mann Aldo Ferrari, der seit vielen Jahren Mitglied mehrerer Pensionskassen-Stiftungsräte und ehemaliges Mitglied der BVG-Oberaufsichtskommission ist, hat Lukas Müller-Brunner jetzt einen geharnischten Brief geschrieben.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/asip)  
[rebrand.ly/asip](http://rebrand.ly/asip)

## St. Gallen will keine Baugauner mehr

Wird der Kanton St. Gallen bald zum Vorreiter in Sachen Schwarzarbeitsbekämpfung? Möglich, denn zurzeit prüft die Regierung einen Vorschlag aus der Küche von Unia-Mann Florian Kobler (SP) und dem St. Galler Baumeisterpräsidenten Thomas Toldo (FDP). Die beiden Kantonsräte wollen das Informationssystem Allianz Bau (ISAB) im öffentlichen Vergabewesen obligatorisch machen. Künftig sollen also nur noch solche Firmen öffentliche Bauaufträge erhalten, die einen sauberen ISAB-Auszug vorlegen. ISAB ist das führende Firmenkontrollregister der Schweizer Baubranche und bezweckt die bessere Durchsetzung von Mindestarbeitsbedingungen. Konkret zeigt das Register etwa, ob die Firmen die Sozialversicherungsabgaben korrekt bezahlt haben und ob sie die Gesamtarbeitsverträge einhalten. Auch ist ersichtlich, wann die Betriebe letztmals kontrolliert wurden, wie schwer die festgestellten GAV-Verstösse waren und ob noch Konventionalstrafen oder Lohnnachzahlungen offen sind. Heute sind GAV-Bescheinigungen nach ISAB-



Standard erst im öffentlichen Vergabewesen des Kantons Bern vorgeschrieben. Die meisten Kantone begnügen sich dagegen immer noch mit Selbstdeklarationen – zur Freude der Lumpenbuden.

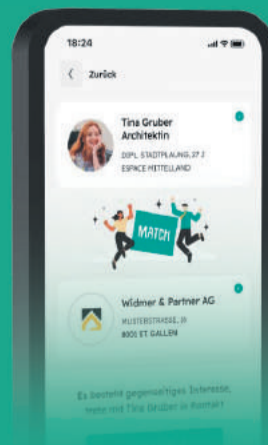
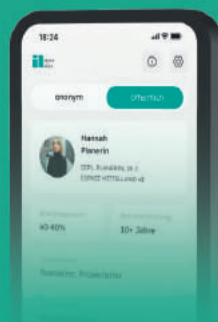


Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/isab)  
[rebrand.ly/isab](http://rebrand.ly/isab)

INSERAT

# Wir vernetzen Fachkräfte mit Unternehmen

Jetzt App herunterladen, dein Job-Profil erstellen und von Arbeitgebern gefunden werden.



Zeige was du kannst und werde anonym sichtbar



[peopleforbuild.ch](http://peopleforbuild.ch)







**SOLIDARISCH: Aktivistinnen und Aktivisten vor dem Gericht in Lausanne.**

FOTO: OLIVIER VOGELSSANG / L'ÉVÈNEMENT SYNDICAL

Dumping-Prozess: Batmaid-Boss rastet aus – und muss blechen

# Reinigerin wäscht Putz-CEO die Kappe

**Das Reinigungsunternehmen Batmaid macht auf sozial und sauber. Dabei bestätigen selbst Insider systematische GAV-Verstösse. Und jetzt hat sich der CEO vor Gericht blamiert.**

JONAS KOMPOSCH

Tennisstar Martina Hingis warb einst für den neuen Steamer von V-Zug. Dann stolperte sie über einen positiven Kokaintest, der alles pulverisierte. Karriere, Ruf, Werbevertrag. Doch das ist Schnee von gestern. Heute strahlt Hingis wieder um die Wette – und zwar im Auftrag von Batmaid. Das Lausanner Unternehmen für online vermittelte Reinigungskräfte fährt eine grossangelegte PR-Offensive. Batmaid will nämlich Marktführer werden, nicht nur in der Schweiz, sondern erklärtermassen auf dem ganzen Globus. Hierzu setzt die 2015 gegründete Firma, die laut Eigenangaben bereits über 2000 Angestellte zählt, auf das Image eines «sozialen Unternehmens» inmitten einer Branche voller Ausbeutung. «Saubere Anstellung, saubere Reinigung», lautet der Firmenslogan, den Markenbotschafterin Hingis eigenhändig signiert hat. Und mantraartig wird wiederholt: «Wir kämpfen gegen Schwarzarbeit in der Reinigungsindustrie.»

Nüchtern betrachtet entpuppt sich der behauptete «Kampf» als simpler PR-Trick. Denn Batmaid stattet seine Reinigungskräfte lediglich mit Arbeitsverträgen aus und meldet sie bei den Sozialversicherungen an, tut also das gesetzliche Minimum. Und jetzt mehren sich die Hinweise, die selbst dies in Frage stellen.

## PROFIT DANK PREKÄRSTEN

Am 23. Mai musste sich Batmaid zum wiederholten Mal vor dem Arbeitsgericht in Lausanne behaupten. Diesmal klagte Reinigerin Fatimah Aden\*. Sie hatte während zweier Jahre für Batmaid in Zürich geputzt. Dann wurde sie fristlos geschasst, wegen angeblichen Zuspätkommens. Das wollte Aden so nicht stehen lassen. Eine Schlichtung platzte, da man sie mit 500 Franken abspesen wollte. Aden klagt. Und sagt, als sie den Gerichtssaal betritt: «Ich habe keine

Angst!» Das ist alles andere als selbstverständlich. Denn Aden ist eine Geflüchtete aus Somalia und verfügt bloss über den prekären Aufenthaltsstatus F (vorläufig aufgenommen), spricht weder Deutsch noch Französisch und hat keinerlei finanzielle Polster, dafür eine Familie zu ernähren. Damit entspricht sie einer Zielgruppe.

Marc Schlinkmeier ist Rechtsberater bei der kirchlichen Fachstelle bei Arbeitslosigkeit (DFA) in Winterthur. Er und sein Team betreuen immer wieder Batmaid-Reinigerinnen. Deren Probleme seien vielseitig. Häufig gehe es um ungerechtfertigte fristlose Kündigungen, falsche Pensionskassenabzüge, fehlende Krankentaggeldauszahlungen oder Arbeitszeugnisse, die nicht der Wahrheit entsprechen. Und Schlinkmeier hat eine weitere Konstante festgestellt: «Betroffen waren immer afrikanische Frauen, die kein Deutsch verstehen und sich kaum wehren können.»

Der Kontrast zur Gegenseite könnte schroffer kaum sein (siehe Box). Auch am Prozess in Lausanne. Batmaid-CEO Andreas Schollin-Borg (36) wird von einem Manager und einer Top-Anwältin begleitet. Die drei sind sichtlich nervös. Denn was Aden ihrem Ex-Arbeitgeber vorwirft, bedroht diesen im Kern.

## REINIGUNGSVERBAND KRITISIERT

Wie bei Batmaid üblich, garantierte Adens Arbeitsvertrag bloss vier Arbeitsstunden pro Woche. Faktisch leistete sie stets ein Vielfaches davon. Doch die Auftragslage variierte stark – und damit auch ihr Lohn. Mit einem Bruttostundenlohn von 24 Franken erzielte Aden mal 1600 Franken im Monat, mal nicht einmal die Hälfte davon. Dieser Minilohn ist laut Anklage auch das Resultat schwerer Verletzungen des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) für das Reinigungsgewerbe: Die Reisezeit zwischen zwei Einsatzorten verrechnete Batmaid nämlich nicht als Arbeitszeit. Auch eine Vergütung für die Transportkosten gab es nicht. Beides verstösst gegen den GAV. Karin Funk, Geschäftsführerin des Arbeitgeberverbands Gebäudedienstleistungen (Allpura), bestätigt: «Batmaid setzt eine Reinigungskraft pro Tag hintereinander bei mehreren Kunden ein. In diesem Geschäftsmodell ist die Reisezeit zwischen zwei Einsatzorten Arbeitszeit.» Doch Batmaid scheint dies nicht zu kümmern. Denn Adens Fall hat wohl System.

## TROTZ ERFOLG KEIN PRÄZEDENZFALL

Bereits im Februar berichtete die WOZ, dass alle von ihr befragten Batmaid-Reinigerinnen angegeben hätten, ihnen seien «weder Transportspesen noch Transferzeiten jemals vergütet worden». Das deckt sich mit der Erfah-

## Batmaid-CEO: «Ich bin ein Putzmann»



Batmaid-CEO Andreas Schollin-Borg (36) ist ein Spross zweier begüterter Industrielendynastien aus dem Wallis und aus Schweden. Sein Urgrossvater war sogar einer der Electrolux-Gründer. Er selbst studierte Wirtschaft in Genf und New York, war im Rohstoffhandel tätig und hält sich als Nebenstandbein ein Hotel und ein Restaurant im Nobelskiort Verbier. Doch am Prozess in Lausanne sagte der CEO: «Je suis un homme de ménage!» (Ich bin ein Putzmann!) Wohl eher ein gerissener Geschäftsmann.

**UBER-MODELL.** Sein Batmaid konzipierte er zunächst als reine Vermittlungsplattform analog dem Uber-Modell. Erst seit der Coronakrise – und nach Interventionen der Unia und der Paritätischen Kommission Reinigung – stellt Batmaid die Reinigerinnen direkt an. (jok)

rung von Allpura-Chefin Funk, die probenhalber einen Auftrag über Batmaid gebucht hat. Als die Reinigerin bei ihr im Aargau ankam, habe sie schon zwei Einsätze im Kanton Zürich hinter sich gehabt. Funk fand heraus: «Die Frau war ausschliesslich mit dem ÖV unterwegs. Und ihr wurden weder die Reisezeit noch eine Transportentschädigung bezahlt.» Eine Bestätigung dieser Praxis erhält sogar, wer sich via Kundenhotline erkundigt: «Nein, Reisezeit geht nicht unter Arbeitszeit», erklärt ein Batmaid-Bürolist. Ganz anders tönt es, wenn die Pressestelle in Person von Gründergattin Laura Schollin-Borg (34) antwortet: «Wir bestätigen Ihnen, dass wir die in den GAV festgelegten Bestimmungen befolgen und einhalten.»

Auch am Prozess in Lausanne stellte sich Batmaid auf diesen Standpunkt, konnte ihn aber nicht belegen. Und das warf CEO Schollin-Borg völlig aus der Bahn. Nach diversen Zwischenrufen seinerseits drehte er sich plötzlich zu Adens Unterstützerinnen im Publikum um und beschimpfte sie mit hochrotem Kopf. Am Schluss konnte er aber aufatmen. Denn Aden stimmte einem Vergleich zu: Batmaid zahlt ihr mehrere Tausend Franken, im Gegenzug entfällt ein gerichtliches Präzedenzfall. Damit kommt Schollin-Borg mit einem blauen Auge davon. Doch viele Reinigerinnen haben Lunte gerochen. Schon vor Prozessbeginn protestierten einige von ihnen gegen das System «Badpaid» (schlecht bezahlt). Wohl nicht zum letzten Mal.



## Laura und der Konsumwahnsinn

Viele um mich herum haben sie. Die Apps der Billiganbieter Shein und Temu oder wie sie alle heissen. Einige liefern direkt aus China nach Hause, ohne Zwischenhändler. Deshalb sind die Preise supergünstig und die Qualität okay, vergleichbar mit Fashionriesen wie H&M und Co.



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

Also schaute ich aus Neugierde eine solche App an und erschrak. Keine 10 Franken für einen Pulli. Eine Reportage von einem Reise-Influencer geht mir nicht mehr aus dem Kopf. Der schlich sich irgendwo in Asien in eine Kleiderfabrik ein und filmte Kinder und Jugendliche bei der Arbeit!

## Ich weigere mich, Shein und Co. zu nutzen.

Die Arbeitsbedingungen sind schrecklich, und sie arbeiten neun Stunden und länger für einen Hungerlohn.

**GRÜNGEWASCHEN.** Ich suchte weiter. Was kostet ein Pulli, Fairtrade, bio, nachhaltig und so weiter? Ich erschrak nochmals. Ab 80 Franken, gerne auch über 100 Franken. Wenn ich mir das leisten könnte, klar. Trotzdem stelle ich mir die Frage, ob das Geld wirklich dahin kommt, wo es sollte, zu den Arbeitnehmerinnen. Es ist nicht immer Gold, was glänzt. Das wissen wir Arbeiterinnen und Arbeiter nur allzu gut. Und die Nachhaltigkeit, auch so ein Thema. Die grossen Unternehmer in dieser Fast-Fashion-Welt geben ein Vermögen für das Marketing aus, um sich grün und nachhaltig zu geben, und setzen aber keines ihrer Versprechen um. Greenwashing nennt sich das.

**VÖLLIG ABSURD.** Besonders schlimm ist, was mit den Retouren passiert. Diese werden oft nicht weiterverschickt, sondern landen irgendwo auf der Welt auf Depo-nien und verpesten die Umwelt. Zalando hat fahrende Lager. Die Ware macht Tausende Kilometer, bis sie bestellt wird. Das ist günstiger. Dies stellten 2023 Journalistinnen in Deutschland für die «Zeit» fest, als sie Artikel mit Trackern retournierten und verfolgen konnten. Die Ergebnisse waren unschön: Die retournierten Artikel legten teilweise lange Wege quer durch Europa zurück, und viele Kleider wurden direkt vernichtet (nachzulesen hier: [rebrand.ly/zalando-retouren](https://rebrand.ly/zalando-retouren)).

Hier steigen die Lebenskosten, und wir als Geringverdienende werden fast gezwungen, uns an Billiganbieter zu wenden. Völlig absurd. Meinen Konsum habe ich wegen der steigenden Kosten drastisch reduzieren müssen. Für den nachhaltigen Bio-Fairtrade-Pulli habe ich kein Geld. Aber ich weigere mich, diese Apps zu nutzen. Ich setze, wenn möglich, auf Tauschbörsen, secondhand und Tausch mit Freundinnen. Und vor allem recherchiere ich genauer, bevor ich was bestelle. Ich versuche meinen ökologischen Fussabdruck so gering wie möglich zu halten. Gut fürs Portemonnaie, für die Umwelt und für mein gewerkschaftliches Herz.

\* Name geändert



# Letzte Glasflaschenfabrik macht dicht Streik bei Vetropack

**Jetzt also doch! Die Konzernleitung von Vetropack will die letzte Glasflaschenfabrik der Schweiz schliessen und 180 Mitarbeitende entlassen. Die Belegschaft von Vetropack kämpft mit Streikaktionen für einen anständigen Sozialplan.**

IWAN SCHAUWECKER

Am vergangenen Sonntag zogen 750 Personen durch Saint-Prex VD und protestierten lautstark gegen die Konzernleitung von Vetropack. Der Verwaltungsrat des Konzerns hat alle Vorschläge zur Erneuerung der Fabrik verworfen und will den Produktionsstandort am Genfersee per Ende August definitiv schliessen und 180 Mitarbeitende entlassen. Die Fabrik, die seit über hundert Jahren Glasflaschen produziert, sei nicht mehr rentabel zu betreiben, sagt Claude Cornaz, der Firmenerbe und Verwaltungsratspräsident von Vetropack. Es werde «eine sozialverträgliche Lösung» gesucht, doch der Konzern wollte vielen Mitarbeitenden bereits Ende Mai kündigen.

## WUT IN DER FABRIK

Die Vetropack-Büezerinnen und -Büezer sind sehr enttäuscht und wütend über den Entscheid. Aus ihrer Sicht ist der Sozialplan völlig ungenügend. Deshalb befinden sie sich seit letzter Woche im Streik. Eine Vetropack-Mitarbeiterin sagt: «Wir haben eine Geschäftsleitung, die von uns verlangt, bis zum Ende professionell und loyal zu sein, während sie ge-

nau das Gegenteil tut.» Zusammen mit den Gewerkschaften Unia und Syna fordert das Personal die Aufnahme von echten Verhandlungen mit der Gewerkschaftsdelegation und keine Entlassungen, bevor alle Leistungen des Sozialplans bekannt sind. Zudem sollen industrielle Arbeitsplätze erhalten bleiben. Am vierten Streiktag konnte die Belegschaft einen ersten Erfolg erzielen: Bis Ende Juni wird es keine Entlassungen geben, und die Gewerk-

**«Dieser Entscheid ist katastrophal, und das mindeste wäre ein würdiger Sozialplan!»**

JOÃO FERREIRA, PRÄSIDENT PERSONALKOMMISSION

schaften und die Geschäftsleitung einigten sich auf einen Verhandlungskalender. Das Personal hat deshalb in einer Abstimmung einer teilweisen Wiederaufnahme der Arbeit zugestimmt. Die Lagerbestände blieben aber bis zum Redaktionsschluss weiterhin blockiert.

## «KOMPLETT VERÄRGERT»

João Ferreira (56) ist Präsident der Personalkommission und sagt: «Viele von uns sind zu jung für die Pensionierung und zu alt, um eine neue Arbeit zu finden. Das mindeste wäre ein würdiger Sozialplan.» Auch Unia-Präsidentin Vania Alleva und SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard waren am

Sonntag zur Solidaritätskundgebung in Saint-Prex. Maillard sagt: «Ich bin komplett verärgert. Wenn man sieht, wie diese Leute Tag und Nacht hart arbeiten, sich engagieren und gute Vorschläge machen, aber dieser Fabrikerbe alles missachtet: dégoûtant!» («widerlich!»)

## BUNDESRAT VERSAGT

Am Konzernhauptsitz in Bülach ZH spielt man die Bedeutung der Fabrikschliessung auch hinsichtlich des Altglas-Recyclings herunter. Vetropack-CEO Johann Reiter sagt: «Im Bereich Recycling bleibt alles wie bisher». Doch Fakt ist: Wenn die Fabrik diesen Sommer schliesst, müssen 100 000 Tonnen Altglas, die bisher jährlich in Saint-Prex verarbeitet wurden, nach Italien exportiert und dann über Hunderte Kilometer in die Schweiz zurückgekörrt werden. Dafür ist auch Wirtschaftsminister Parmelin verantwortlich. Mit seinem Widerstand gegen eine Schweizer Industriepolitik (siehe Box rechts) sabotiert er die Kreislaufwirtschaft in der Schweiz. Sie würde nicht nur industrielle Arbeitsplätze schaffen und erhalten, sondern die lokale Versorgung mit kurzen Transportwegen sicherstellen. So wird Vetropack zum nächsten Mahnmal für das industriepolitische Versagen des Bundesrates und den fehlenden Plan für eine ökosoziale Transformation der Schweizer Wirtschaft. Den Schaden haben die zukünftigen Generationen und die entlassenen Büezerinnen und Büezer.



VEREINT: Gemeinsam mit den Vetropack-Büezerinnen und -Büezern ist Unia-Präsidentin Vania Alleva (vorne l.) durch Saint-Prex gezogen. FOTO: UNIA

## INDUSTRIEPOLITIK

### SCHWEIZ MUSS HANDELN

Der Bundesrat anerkennt in seinem neuesten Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft, dass in der EU und den USA eine aktive Industriepolitik zur Dekarbonisierung und zur Förderung grüner Industrien betrieben wird.

**UNGENÜGEND.** Mit dem Klima- und Innovationsgesetz sowie mit dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz kommen ab 2025 auch in der Schweiz Fördermassnahmen hinzu, aber auf eine Industriepolitik mit gezielten Subventionen will der Bundesrat dennoch weiterhin verzichten. Für die Klimabewegung ist dies ungenügend. Klimastreik Schweiz fordert in einem neuen Positionspapier eine sozialökologische Industriepolitik: So könnten auch die Stahlwerke in Gerlafingen und Emmenbrücke überleben und in Zukunft den Stahl für die Schweizer Wind- und Sonnenenergieprojekte liefern. (isc)

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Racer: Mit diesem Heli der neuen Generation wäre Irans Präsident Raisi noch auf Erden. Vielleicht.

**Die Helikopterfliegerei nimmt immer mehr zu. Werden bald Elektro-Helis für umweltfreundliche und leise Lufttransporte sorgen? Vorerst verspricht Airbus den Racer, einen Heli der nächsten Generation: schneller, sparsamer und weniger laut.**

Vor allem in den Alpen sind immer mehr Helikopter unterwegs. So werden neu in Zermatt VS oft gar keine Baukrane mehr aufgestellt. Stattdessen fliegen Helikopter vorfabrizierte Holzmodule passgenau auf die Baustellen.

Der grosse Helikopterboom wird losgehen, sobald immer mehr alpine Solaranlagen über Baubewilligungen verfügen. Leider wurde die Produktion der Lastesel der Lüfte, der Rotex-Helikopter, eingestellt. Pumas werden ihn ablösen.

Werden bald einmal im Kanton Glarus – nachdem das italienische Unternehmen Leonardo die Swiss Helicopter übernommen hat – elektrische Helikopter gebaut, die neu über umweltfreundlichere und leisere Lufttransporte sorgen? Das wird noch etwas dauern, bis die Batterien pro Kilo 500 Wattstunden Strom speichern können.

**ABSTURZ UND FREUDE.** Bleiben wir noch in der Luft: Der ehemalige iranische Präsident Ebrahim Raisi, der kürzlich bei einem Helikopterabsturz ums Leben kam, war in der Hierarchie des iranischen Mullah-Regimes die Nummer zwei. Er wehte im Grenz-

gebiet zwischen Iran und Aserbaidschan eine neue Staumauer ein. Kontrolle des Wassers ist Kontrolle der Politik.

Raisi war im verregneten Mai 2024 mit drei iranischen Helikoptern unterwegs. Von den dreien stürzte nur einer ab. Ausgerechnet der mit Raisi und dem iranischen Aussenminister an Bord! Waren die alten Bell-212-Helikopter schuld? Oder das schlechte Wetter samt Sturm und Nebel? Oder hatte gar wieder einmal der israelische Geheimdienst Mossad die Finger im Spiel? Alle haben ein Interesse daran, dass es nicht der Mossad war. Vorab die Mullahs, weil sie sonst als Versager dastehen würden.

Raisi hat das Blut der Opposition an seinen Händen. In Jerusalem tanzten nach seinem Absturz radikale Rabbiner vor Freude. Wissen die mehr? Im Iran liessen Teile der Opposition Freudenraketen in den Himmel steigen. Freude aus je ganz unterschiedlichen Gründen.

Das iranische Mullah-Regime ist eine vielköpfige Hydra. Der Nachfolger von Raisi wird ein Raisi 2.0 sein. Denn noch ist die Opposition zu wenig stark, um die religiösen Diktatoren aus dem Iran zu verjagen.

**LUFTKRIEGE.** Ein Detail sollte niemand übersehen: Der Schwiegersohn des türkischen Präsidenten Recep Erdoğan produziert mit viel staatli-



**NÄCHSTE GENERATION: Airbus entwickelt mit dem Racer einen Helikopter, der nicht nur schneller, sondern auch leiser als die Konkurrenz sein soll.** FOTO: ZVG

cher Hilfe erfolgreich Drohnen. Das neueste Modell, die Akinci, fliegt in Höhen bis 12 000 Metern über Meer. Sie kann – bewaffnet oder unbewaffnet – 24 Stunden in der Luft bleiben.

Diktatoren haben Angst vor allem und allen. Sie sind, wie uns die Geschichte lehrt, meist paranoid. In der Nähe der iranischen Grenze hatte die Türkei eine bewaffnete Akinci stationiert. Sie bot Teheran an, mit dieser nach Raisi zu suchen. Weil Raisi nicht nur mit einem alten Helikopter unterwegs war, sondern dieser nicht einmal über ein Ortungsgerät verfügte.

Deshalb musste eine unbewaffnete Akinci vom Innern der Türkei Richtung des Grenzgebietes zwischen Aserbaidschan und dem Iran starten. Neue Zeiten, neue Werbung: Online berichtete der Schwiegersohn von Erdoğan über die erfolgreiche Aktion. Die Akinci fand, wonach die Mullahs mit dem Roten Halbmond und den Revolu-

tionsgarden zwei Tage lang erfolglos gesucht hatten: die verkohlten Leichen von Raisi und seinen Begleitern. Ein Punktesieg für die Familie Erdoğan. Auch wenn sich der dichte Nebel von Wahrheiten und Unwahrheiten so schnell nicht lichten wird.

**AIRBUS MACHT VORWÄRTS.** Und noch eine Luftkriegsgeschichte, allerdings vor der eigenen Tür: Airbus ist ein Kind der europäischen Industriepolitik. Und Airbus setzt sich derzeit erfolgreich gegen die US-Maschinen von Boeing durch, weil es die USA mit der Sicherheit ihrer Linienmaschinen in den letzten Jahren nicht so genau genommen hatten.

Unter anderem entwickelt Airbus zurzeit einen Helikopter der nächsten Generation, den Racer. Er wird doppelt so schnell unterwegs sein wie die Bell 212, mit der Raisi abstürzte. Und rund 30 Prozent weniger Sprit verbrennen als die heute im Einsatz stehenden Heli-

kopter. Der Racer soll zudem viel weniger Lärm machen, auch beim Starten und Landen. Alles nur warme Luft?

Die heutigen Pumas der Schweizer Armee, die für Bundesratsreisen benutzt werden, sind lahme, lärmige Spritschlucker. Der Flug von Bellinzona nach Bern wird vielleicht nächstens mit dem Racer nur mehr schlappe 20 Minuten dauern. Dies zu einem Preis, der niedriger ist als ein Erste-Klasse-Zugbillet. Und dies erst noch sieben Mal schneller.

Auch an der Helikopter-Front wird den Umweltorganisationen die Arbeit also nicht ausgehen.

## LINKS ZUM THEMA:

- [rebrand.ly/klassenwechsel](https://rebrand.ly/klassenwechsel)  
Mit Eric Nussbaumer und Eva Herzog stellt die SP die Ratspräsidenten im Nationalrat und im Ständerat. Die beiden haben aber etwas den Bodenkontakt verloren. Sie liessen sich von der deutschen Swiss in einem Airbus First Class von Zürich nach New York fliegen. Andere Business-Passagiere kamen nicht zum Zug. Da ging sehr viel sozialdemokratische Bodenhaftung verloren.
- [rebrand.ly/airbus-racer](https://rebrand.ly/airbus-racer)  
Auf dieser Webseite erklärt Airbus, warum der Helikopter Racer schneller, billiger und umweltfreundlicher sein soll. Ende April 2024 fand der erste Testflug statt. Merke: Die Zulassung neuer Fluggeräte braucht immer ihre Zeit.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch)





**TATORT NAGELSTUDIO:**  
Dieses Jahr sorgte ein Fall für Aufsehen, bei dem ein vietnamesisches Ehepaar in einem Nagelstudio ausgebeutet wurde.

FOTO: KEYSTONE

Menschenhandel: So gehen Behörden gegen kriminelle Netzwerke vor

# Die Opfer schützen, die Ausbeuter jagen!

**Die Berner Spezialität im Kampf gegen Schattenwirtschaft und Menschenhandel: Grosskontrollen. Deren Erfinder erklärt, wie sie funktionieren, was sie bringen – und an welche Kriminellen er trotz allem nicht herankommt.**

CHRISTIAN EGG

**Dezember 2023.** In einer Grosskontrolle beim Paketdienst DPD zeigt sich: Fahrer müssen zum Teil bis 80 Stunden pro Woche arbeiten. Zu einem Lohn von ein paar Franken pro Stunde. Sechs von 40 Überprüften arbeiten ohne Bewilligung.

**April 2024.** Ein Ehepaar aus Vietnam berichtet in den Tamedia-Zeitungen, wie es über Jahre in Nagelstudios ausgebeutet wurde. Gerade mal 2000 Franken Monatslohn, abzüglich Kost und Logis. Für die Reise in die Schweiz musste das Paar über 30 000 Franken bezahlen. Schulden, die es jetzt abarbeiten muss.

**Mai 2024.** Anklage der Berner Staatsanwaltschaft gegen einen Wirt, unter anderem wegen Menschenhandel. Demnach hat er Opfern zu



**«Wir haben die Opfer aus der Ausbeutung herausgelöst.»**

ALEXANDER OTT, CHEF  
FREMDENPOLIZEI BERN

tiefe oder gar keine Löhne ausbezahlt. Sie mussten sieben Tage pro Woche arbeiten und schliefen meist im Keller auf einer Matratze.

In allen Fällen hat die Berner Justiz ermittelt oder tut es weiterhin. Grundlage ist eine Stadtberner Spezialität: grossangelegte Überraschungskontrollen, bei denen sämtliche Stellen eines Betriebes gemeinsam unter die Lupe nehmen. Die Fremdenpolizei plant und leitet den Einsatz. Am Tag X sind rund 20 Mitarbeitende von Kantonspolizei, Gewerbe- und paritätischer Arbeitsmarktkontrolle und Zoll im Einsatz, je nach Branche auch die Gewerkschaften.

Alexander Ott, Chef der Stadtberner Fremdenpolizei, hat dieses Vorgehen vor zehn Jahren eingeführt. Im Gespräch mit work sagt er: «Wir wollen nicht in erster Linie die bestrafen, die zu Dumpinglöhnen arbeiten. Sondern die zur Rechenschaft ziehen, die von Schwarzarbeit und Ausbeutung profitieren.»

Und das gelinge am besten im Verbund. Zum Beispiel brauche es die Polizei, wenn jemand wegrennen wolle oder sich renitent verhalte. «Aber wenn wir wollen, dass Opfer aussagen, braucht es Menschenkenntnis und ein sensibles Vorgehen.» Bei Bedarf vermittelt die Fremdenpolizei Opfern eine sichere Unterkunft und bietet Unterstützung – zum Beispiel einen Platz im Opferschutzprogramm einer spezialisierten Organisation.

Das zahlt sich aus: Etwa in der Hälfte der kontrollierten Betriebe kooperieren Opfer mit den Behörden. Das vietnamesische Paar gehört ebenso dazu wie zwei Hilfsköche, die gegen den Dumping-Beizer aussagten. Auffliegen liess Ott auch einen Arbeitgeber, der reihenweise «Fake-Arbeitsverträge» ausgestellt habe. Nach wenigen Tagen habe er die Leute aufs RAV geschickt, um Arbeitslosengeld zu beziehen. «Tatsächlich arbeiteten sie in einem anderen Betrieb, ohne Bewilligung. Der Chef kontrollierte beide Betriebe und strich den Profit ein.»

## WIE EIN WURZELSYSTEM

Richtig spannend wird's für den Polizisten Ott, wenn er bei verschiedenen Kontrollen auf die gleichen Firmenbesitzer trifft. Oder auf Namen, die bereits anderen Stellen aufgefallen sind, etwa dem Betreibungsamt. Dann erkennt er Muster. Er und sein Team erstellen Diagramme, wer zu wem Verbindungen hat. Wie im Krimi. Das sehe aus wie ein verzweigtes Wurzelsystem, sagt er. «Und da gibt es Knotenpunkte. Die wollen wir finden!»

Und dann sagt Ott noch etwas, das in jedem Mafiafilm passt. Aber nicht so recht in die Schweiz: «Der Chef eines solchen Systems ist nicht mehr fassbar.» Oft seien das bekannte Figuren, die wirtschaftlich und politisch gut vernetzt seien. «Wir wissen haargenau: Der hält die Fäden in der Hand. Er weiss wohl auch, dass wir es wissen. Aber wir können ihm nichts nachweisen.» Bei einem Verdacht sei stets jemand zur Stelle, der die Schuld auf sich nehme. Um den Chef zu schützen.

Weniger subtil war dagegen der Gipsermeister, der letztes Jahr in Zürich verurteilt wurde. Bis zu 100 Gipser aus Osteuropa hatte er mit falschen Versprechen in die Schweiz gelockt und

## Gegen Menschenhandel: Berner Modell als Vorbild

Die Täterinnen und Täter sind gerissen und skrupellos, die Opfer eingeschüchert: Deshalb ist Menschenhandel äusserst schwer zu erkennen. Helfen können Verbundkontrollen, wie sie die Stadt Bern bereits praktiziert. Dies hält auch der dritte Aktionsplan gegen Menschenhandel von Bund und Kantonen fest. Solche Kontrollen sollen in den Kantonen zumindest «thematisiert» und ihre «Vorteile für die Bekämpfung von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft aufgezeigt» werden. Die Juristin Marie Saulnier Bloch, Menschenrechtsexpertin bei der Unia, sieht in den riesigen Unterschieden zwischen den Kantonen das Hauptproblem im Kampf gegen Menschenhandel: «Genf, Zürich und Bern engagieren sich stark. Andernorts hat Menschenhandel noch nicht die Priorität, die nötig wäre.»

**INTERESSE.** Alexander Ott, Chef der Berner Fremdenpolizei, sieht allerdings da und dort Bewegung. Ende April hat er in Baselland die Verbundkontrollen vorgestellt – an einem «runden Tisch gegen Clan-Kriminalität». Die Delegation des Kantons habe grosses Interesse gezeigt, sagt Ott. Auch der Kanton Luzern interessiere sich für das Berner Modell. (che)

hier zu Dumpinglöhnen ausgebeutet – bis ein Polier die Unia einschaltete und die Justiz aktiv wurde. Am Schluss konnte sie dem Schweizer gewerbsmässigen Menschenhandel und 13 weitere Delikte nachweisen (work berichtete: [rebrand.ly/buezervergasen](https://rebrand.ly/buezervergasen)). Letztes Jahr wurde der Mann erstinstanzlich zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Berufung ist noch hängig.

## KINDER ZUM BETTELN GEZWUNGEN

Wird Alexander Ott nach seinem grössten Erfolg gefragt, nennt er nicht Täterinnen oder Täter, die hinter Gitter mussten. Sondern Kinder aus Osteuropa, die in Bern von Banden zum Betteln gezwungen wurden.

2009 rief Ott ein Projekt ins Leben, das diese Praxis innerhalb von zwei Jahren praktisch zum Verschwinden brachte. Die Kinder wurden dabei in ihre Heimatländer zurückgebracht und konnten mit Hilfe einer Schutzorganisation eine Ausbildung absolvieren. Rückblickend sagt Ott: «Wir haben die Opfer aus der Ausbeutung herausgelöst und ihnen ermöglicht, auf eigenen Beinen zu stehen. Das freut mich bis heute.»



**work  
kommentar**  
Daria Knežević

## ROTE PÄSSE, LILA SCHEINE

Einbürgerung ist eine Klassenfrage. Das zeigt die neue Studie der Eidgenössischen Migrationskommission. Den roten Pass können sich nur Menschen mit dickem Portemonnaie leisten. Seit der Änderung des Bürgerrechtsgesetzes im Jahr 2018 haben sich fast ausschliesslich Wohlhabende mit hohen Bildungsabschlüssen einbürgern lassen. Und genau das wollte die bürgerliche Parlamentsmehrheit mit der Gesetzesänderung: Wirtschaftliche Unabhängigkeit gehört nebst Integration und Sprache zu den wichtigsten Parametern bei der Einbürgerung. Heisst: Wem das nötige Geld fehlt, kann die Einbürgerung vergessen. Darf der Einbürgerungsprozess in einer Demokratie eine Frage von Privilegien sein? Nein! Hier treffen die Grenzen der Demokratie auf den unbegrenzten Kapitalismus. Ein übler Zustand, denn ein Viertel der Schweizer Bevölkerung kann politisch nicht mitbestimmen. Wer zu diesem Viertel gehört und sich mit einer Einbürgerung mehr Rechte verschaffen will, braucht enorm viele Ressourcen. Gerade in sozial schwächeren Kreisen sind diese in vielen Fällen nicht vorhanden. Es braucht nicht nur eine Stange Geld für den roten Pass. Es braucht viel Zeit, hohe Sprachkenntnisse, Mut und Selbstvertrauen. Denn wer sich bei seiner Gemeinde um eine Einbürgerung kümmert, muss damit rechnen, diskriminiert zu werden. Fast jeder Einbürgerungsprozess wird von Willkür dominiert.

**UNFAIR.** Wie prekär die Ausgangslage für Menschen ohne Schweizer Pass ist, ist vielen nicht bewusst. Wird die Miete, die Krankenkassenprämie oder das Rentenalter erhöht, können sie politisch praktisch nichts dagegen unternehmen. Wird ein Arbeiter von seinem Chef unwürdig behandelt oder erlebt eine Frau zu Hause Gewalt, riskieren sie ihren Aufenthalt in der Schweiz, wenn sie sich wehren. Und so wird jede vierte Person in der Schweiz politisch fremdbestimmt und bleibt unsichtbar, obwohl jeder und jede einzelne täglich für den Wohlstand dieses Landes chrampt. Auf dem Bau, am Bankschalter, in der Reinigung, in der Fabrik, am Spitalbett, in Schulen oder zu Hause bei der Kinderbetreuung. Diese unfairen Einbürgerungskriterien sind eine Gefahr für die Demokratie und ein Armutszeugnis für unser reiches Land. Mitbestimmung darf nicht am Kontostand scheitern.

**DIE INITIATIVE**  
Zurzeit werden Unterschriften für die Demokratie-Initiative gesammelt. Diese möchte den Einbürgerungsprozess erleichtern. Nach fünf Jahren rechtmässigem Aufenthalt in der Schweiz soll eine Einbürgerung möglich sein, unabhängig von der Niederlassungsbewilligung. Zudem soll es einheitliche Kriterien für ein faires Verfahren geben. Hier können Sie unterschreiben: [rebrand.ly/Unterschriftenbogen](https://rebrand.ly/Unterschriftenbogen)



## Irland Ryanair bezwungen

Der Billigflieger Ryanair hat es jahrzehntelang geschafft, auch die stärksten Pilotengewerkschaften zu besiegen. Bis eine scheinbar unbedeutende EU-Regel den irischen Konzern in die Knie zwang.

Im Oktober 2014 kündigte Ryanair die Eröffnung von zwei Basen in Dänemark an. Sofort forderten dänische Gewerkschaften einen GAV, doch Ryanair stellte sich quer. Daraufhin entschied das dänische



**Erne Europa**  
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Arbeitsgericht, dass die Gewerkschaften mittels Sympathiestreiks einen GAV erzwingen können.

**TURBULENZEN.** Doch zu solchen Streiks kam es nie. Ryanair schloss einfach seine Basen in Kopenhagen und Billund und bediente diese Flughäfen mit Piloten aus Irland.

### Ryanair hatte nicht mehr genügend Piloten, um Streiks zu brechen, da diese am Strand sasssen.

Ähnlich erging es auch norwegischen und französischen Pilotengewerkschaften.

Im Dezember 2017 kam dann die Kehrtwende: Ryanair musste Pilotengewerkschaften in der ganzen EU anerkennen. Was war geschehen?

Zwischen September und Dezember 2017 musste Ryanair Tausende Flüge streichen. Der Hauptgrund dafür war ein EU-Gesetz, das die maximale Anzahl der Stunden festlegt, die ein Pilot innerhalb eines Kalenderjahres fliegen darf. Mit Ausnahme von Irland hielten sich alle EU-Mitgliedstaaten an diese Regel. Doch dann zwang die EU auch Irland, sich an diese EU-Regel zu halten.

**GROUNDING.** Nun musste Ryanair zusätzlichen Urlaub für die irischen Pilotinnen und Piloten einplanen. Die Gewerkschaften erkannten das Potential für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse: Ryanair hatte nicht mehr genügend Piloten, um Streiks zu brechen, da diese mehrheitlich am Strand sasssen, und nicht im Cockpit.

Anfang Dezember 2017 sprachen sich die gewerkschaftlich organisierten Piloten in Irland mit grosser Mehrheit für einen Arbeitskampf aus. Ihre Kolleginnen und Kollegen in Portugal, Spanien, Italien und Deutschland folgten diesem Beispiel. Diese länderübergreifende Streikdrohung zwang Ryanair, seine gewerkschaftsfeindliche Politik aufzugeben.

**PUNKTLANDUNG.** Das zeigt, dass die Stärke der europäischen Gewerkschaften nicht nur von nationalen Gesetzen abhängt, sondern auch von ihrer Fähigkeit, über die Landesgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Manchmal sind scheinbar belanglose EU-Regeln wichtiger als das nationale Arbeitsrecht.

# Sieg für Buezer: Monteur bittet Roth Gerüste zur Kasse Schluss mit Gratis-Arbeit beim Gerüstbauriesen

**Auf der Matte stehen um 6 Uhr 15, aber Lohn erst ab 6 Uhr 30? So nicht, fand Gerüstmonteur Volker Hauptmann – und bekam recht.**

JONAS KOMPOSCH

Baubuezer sind Frühaufsteher. Zwangsläufig. Denn ihre Arbeit beginnt in der Regel bereits um 7 Uhr. Noch früher begann der Tag für Gerüstmonteur Volker Hauptmann\*, und zwar während seiner Zeit bei Roth Gerüste, dem grössten Gerüstbauunternehmen der Schweiz. Hauptmann sagt: «In der Sommerzeit klingelte mein Wecker um 4 Uhr 45, denn ich musste jeweils schon um 6 Uhr 15 in der Firma stehen. Gezahlt wurde aber erst ab 6 Uhr 30!» Und davon sei nicht nur er als Gruppenführer betroffen gewesen, sondern alle rund 30 Kollegen der Niederlassung in Oberbüren SG – und dies über Jahre. Ein Firmenaushang von 2023, der work vorliegt, bestätigt: «Eintreffen im Lager Oberbüren 6.15 Uhr» heisst es da, und dann: «Arbeitsbeginn 6.30 Uhr».

Nach einem knappen Jahr hatte Hauptmann genug. Er kündigte und verlangte von

### Die Firma wollte eine Kettenreaktion verhindern.

Roth die nachträgliche Bezahlung der gesamten Arbeitszeit. Diese ist im Schweizer Arbeitsgesetz schliesslich klar definiert: «Als Arbeitszeit gilt die Zeit, während deren sich der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin zur Verfügung des Arbeitgebers zu halten hat.» Es ist also nicht relevant, ob frühmorgens tatsächlich schon geschwitzt oder erst ein Kaffee getrunken wird, sofern es eine Präsenzweisung des Arbeitgebers gibt. Zum Käfelen wurden die Arbeiter in Oberbüren aber nicht aufgeboten.

### «SONST KANN JA JEDER KOMMEN»

Hauptmann sagt: «Um 6 Uhr 15 waren auch die meisten Projektleiter schon in der Bude und haben uns dann direkt ihre Pläne vorgelegt

\* Name geändert



**KLARER VERSTOSS:** Gemäss dem Aushang bei Roth Gerüste in Oberbüren SG mussten die Buezer um 6 Uhr 15 vor Ort sein, bezahlt wurden sie aber erst ab 6 Uhr 30. FOTO: KEYSTONE/ZVG

und erklärt, was es an diesem Tag zu tun gibt.» Eine klare Arbeitsleistung also. Trotzdem wollte Roth nichts von Hauptmanns Forderung wissen. Doch der Ex-Angestellte gab nicht auf, sondern holte sich Rat bei Unia-Mann Lukas Auer. Dieser brachte die Sache vor die Schlichtungsstelle für Arbeitsverhältnisse in Wil SG. Mitte Mai kam es zur Verhandlung. Doch auch da gab sich der Roth-Vertreter uneinsichtig. Dazu Auer: «Er sagte uns, er werde ganz sicher nichts bezahlen, denn sonst könne dann ja jeder kommen. Er wolle aber keine Kettenreaktion.» Der Schlichtungsvorsitzende habe dann aber ziemlich klar durchblicken lassen, dass es vor Gericht wohl er werden dürfte für Roth. So kam doch noch ein Vergleich zustande: Roth zahlt Hauptmann 1500 Franken, dieser zieht dafür seine Betreibung zurück.

Mit dem Resultat ist Hauptmann zufrieden, obwohl er 2000 Franken gefordert hatte.

Zugleich zeigt er sich enttäuscht: «Wer weiss, wie viele Tausend Franken den Kollegen in Oberbüren schon flötengegangen sind!» Dass es sich um systematischen Missbrauch handle, bestreitet Roth vehement. HR-Chefin Sabrina Ross sagt auf Anfrage, der Aushang in Oberbüren sei «keine Anweisung» gewesen. Die Präsenz um 6 Uhr 15 sei nie ein Muss gewesen. «Wenn einer pünktlich um 6 Uhr 30 dasteht, ist alles tipptopp», versichert Ross.

### ROTH HAT REAGIERT

Um Missverständnisse künftig zu vermeiden, habe man den fraglichen Aushang jetzt aber entfernt. Ausserdem betont Ross, dass es sich um eine lokale Angelegenheit gehandelt habe. In den schweizweit zwanzig Roth-Niederlassungen beginne die Arbeit nicht immer zur gleichen Zeit, aber immer im Rahmen des Gesamtarbeitsvertrags für den schweizerischen Gerüstbau.

## Wollte sich Dumping-Taxidienst Uber weisswaschen? Syndicom lässt Geheimdeal platzen

**Monatelang verhandelte die Gewerkschaft Syndicom mit dem US-Konzern Uber. Das Ziel war nicht etwa ein GAV, sondern ein «Verhaltenskodex». Jetzt ist Syndicom abgesprungen, doch vieles bleibt unklar**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Das Geschäftsmodell des Fahrdienstes Uber ist so einfach wie skandalös: der US-Konzern bietet einen Billig-Taxidienst an auf dem Buckel der Fahrerinnen und Fahrer. Obwohl diese für Uber arbeiten, stellt sie der Konzern nicht an und bezahlt deshalb auch keine Sozialleistungen. Das bedeutet für die Fahrer: keine bezahlten Ferien, kein Einkommen bei Krankheit, keine Altersvorsorge. Verschiedene Gerichte haben deshalb klargestellt: Uber ist Arbeitgeber und muss seine Fahrerinnen und Fahrer anstellen (work berichtete: [rebrand.ly/rote-karte](https://www.rebrand.ly/rote-karte)). Legal oder illegal, Uber ist's egal. Das ist keine gute Basis für eine Sozialpartnerschaft.

### SELTSAMES KONSTRUKT

Trotzdem hat die Gewerkschaft Syndicom im Geheimen monatelang mit Uber verhandelt, wie der «Tages-Anzeiger» berichtete. Und



**DUMPINGDIENST: Taxifahrer-Protest gegen Uber in Köln.** FOTO: KEYSTONE

zwar über einen «Verhaltenskodex», mit dem die Fahrerinnen und Fahrer eine Art «gewerkschaftlicher Zertifizierung» erlangen sollten. Steht dieses ungewöhnliche Konstrukt in Zusammenhang mit der parlamentarischen Initiative von Jürg Grossen (GLP)? Unlängst hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates auf Lobby-Druck diesen alten Vorstoss wieder ausgegraben.

Dieser will bei Selbständigen den «Parteiwillen» berücksichtigen. Das heisst: Scheinselbständige könnten als Selbständige betrachtet werden, wenn sie eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnen.

Wie dem auch sei: Syndicom habe sich Anfang Mai aus der Vereinbarung zurückgezogen, schreibt der «Tages-Anzeiger». Warum? Zum Inhalt der Verhandlungen und zu den Gründen für den Abbruch möchte sich Syndicom nicht äussern. Auf Anfrage von work schreibt die Gewerkschaft, man habe im Interesse ihrer Mitglieder und der Erwerbstätigen der Branche intensive Gespräche mit Uber über «sozialpartnerschaftliche Lösungen» geführt. Mit dem Ziel, «die Arbeitsbedingungen der Plattformarbeitenden in der Schweiz zu verbessern». Der Ausgang solcher Diskussionen sei immer «ergebnisoffen».

### EIN SCHLECHTER VERTRAG

Es ist nicht das erste Mal, dass Syndicom im Geheimen und sehr «ergebnisoffen» verhandelt. 2021 hatte die Unia Mitarbeitende des Lieferdienstes Smood bei ihrem fünfwöchigen Streik unterstützt. Während die «Smooders» für ihre Rechte kämpften und streik-

ten, schloss die Gewerkschaft Syndicom mit Smood einen Hinterücks-GAV ab. Obwohl die Unia und Syndicom eine Vereinbarung hatten, dass sie in Sachen Smood zusammenarbeiten. Der von Syndicom abgeschlossene Vertrag fällt sogar hinter die Vorschläge der kantonalen Schlichtungsbehörde zurück und auch hinter den Gastro-GAV, dem Food-Kurierinnen und -Kuriere nach Ansicht der

### Es ist nicht das erste Mal, dass Syndicom im Geheimen verhandelt.

Unia und der zuständigen Aufsichtskommission des Gastgewerbes eigentlich unterstellt wären (work berichtete: [rebrand.ly/syndicom-smood](https://www.rebrand.ly/syndicom-smood)). Die Zustimmung zum Vertrag holte sich Syndicom übrigens gleich direkt über die Unternehmens-App von Smood von den Fahrerinnen und Fahrern, «das heisst ohne Datenschutz», wie Unia-Geschäftsleitungsmitglied Véronique Polito damals festhielt. Und jetzt? Gegenüber dem «Tages-Anzeiger» «bedauert» Uber den Rückzieher von Syndicom. Man hoffe, die Gespräche mit der Gewerkschaft bald wiederaufnehmen zu können.





**VORSICHT: Mit Hitze können Köche umgehen, bei den richtigen Umgangsformen hapert es leider zu oft.** FOTO: ADOBE STOCK

**Belästigungen und Übergriffe gehören in Küchen zum Alltag**

# «Nur wer hart und krass ist, kommt durch»

**Über zehn Jahre arbeitete Gianna Dachs (34) als Köchin. Jetzt hängt sie den Kochhut endgültig an den Nagel: Weil sie die Nase gestrichen voll hat von Handgreiflichkeiten, Beleidigungen und sexueller Belästigung.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Hätte ich gewusst, was mich im Beruf als Köchin erwartet, hätte ich einen anderen Weg eingeschlagen.» Zu dieser Einsicht gelangt Gianna Dachs\* (34) aus Zürich nach zehn Jahren im Gastgewerbe. Mit 16 Jahren hat sie eine Lehre als Köchin gestartet. Die Belästigung begann bereits in der Ausbildung: «Hinter meinem Rücken diskutierten die Köche, wer mich wohl als erster ins Bett kriegen und wie mein Intimbereich aussehen würde», erzählt sie aus ihrer Lehrzeit.

Von diesen grenzüberschreitenden Gesprächsthemen erfuhr die Jugendliche von ihrem Oberstift. Dieser setzte sich auch für sie ein und wies die Köche zurecht. «Hätte ich mich alleine als junge Frau gewehrt, hätte mich niemand ernst genommen.» Denn die Hierarchie sei in den Küchen ganz klar: Lernende und Frauen stehen an letzter Stelle. Ein Mitschüler von Dachs musste die Lehre sogar abbrechen, weil er von Mitarbeitenden geschlagen wurde. «Die Atmo-

\* Name geändert

sphäre in den Küchen ist ständig angriffig und angespannt.»

## KEINE FRAGE VON HÄRTE

Mit dem Ende der Lehre hörten die Übergriffe jedoch nicht auf. Als Köchin arbeitete Dachs schon in vielen Betrieben. In Hotelküchen, in Restaurants und in Altersheimen. Während Gastrobetriebe in konservativeren Kreisen sexuelle Belästigung aus Angst vor Imageschaden schnell angehen, werden in alternativen Gastrokreisen Belästigungen

**«Es ist ermüdend, täglich sexualisiert zu werden.»**

GIANNA DACHS, EHEM. KÖCHIN

viel länger toleriert. «Rauer Ton und übergriffiges Verhalten gehören zum Job. Nur wer hart und krass ist, kommt durch. Und wer sich als Mimose entpuppt, wird nur noch mehr in eine Opferrolle gedrängt.» Das kritisiert sie sehr, denn: «Welchen Beruf man wählt, sollte nicht eine Frage von Härte sein.»

Nach zehn Jahren im Beruf entschloss sich die junge Köchin, den Beruf aufzugeben. «Es ist sehr ermüdend, täglich bei der Arbeit sexualisiert zu werden. Hinzu kam, dass ich als Frau trotz viel Berufserfahrung kleingehalten wurde», sagt sie. Es fing schon bei Banalitäten an: Trotz mehreren Jahren Berufserfahrung traute ihr ein Kollege nicht zu, den Schnittlauch richtig zu schneiden.

Doch Dachs ist es wichtig, nicht alle Köche in den gleichen Topf zu werfen. «Es gibt natürlich auch anständige Kollegen. Und viele Köche haben selber Gewalt, Diskriminierung und Ausbeutung erlebt. Um Stärke

vorzugaukeln, verhalten sie sich jetzt selbst so.» Um an der Machokultur in den Küchen etwas zu ändern, brauche es Änderungen, die auch im stressigen Küchenalltag umsetzbar sind.

Das sei umso wichtiger, weil in den Küchen auch viele Migrantinnen und Migranten in Hilfspositionen arbeiteten und Diskriminierung und Ausbeutung erlebten. «Teilweise sind die Lebensumstände der Hilfsköchinnen und -köche sehr prekär. Mehr Verständnis und Sensibilisierung sind dringend notwendig.» Das ist einer von vielen Gründen, weshalb Dachs Mitglied bei der Unia ist und sich unter anderem am Frauenstreik für Gleichberechtigung einsetzt.

## MEHR AUFKLÄRUNG

Es ist wichtig, bereits bei der Berufswahl offen darüber zu sprechen, wie das Arbeitsklima in einer Küche ist. Neben den Betrieben solle auch die Berufsschule Themen wie sexuelle Belästigung, Gewalt und Diskriminierung thematisieren. «Als junger Mensch getraut man sich nicht, sich zu wehren. Das ist fatal!» Doch Dachs beobachtet immer häufiger, dass jüngere Menschen offener mit Benachteiligung umgehen und sich immer mehr zu wehren versuchen.

Die Stelle in der Küche eines Kinderhortes war für Dachs die letzte in der Branche. Die Arbeit mit Kindern weckte in ihr die Motivation, einen neuen Berufsweg einzuschlagen: sie möchte Lehrerin werden. Kochen gehöre aber weiterhin zu ihrer Leidenschaft. Zu Hause bekocht sie gerne ihre Mitmenschen mit Gratin – garniert mit perfekt geschnittenem Schnittlauch.

## Platzer macht Platz: Wer wird neuer Präsident?

Jetzt muss Casimir Platzer definitiv seinen Platz räumen. Bereits 9 Jahre ist er Präsident von Gastrosuisse, dem Arbeitgeberverband für Hotellerie und Re-

**Massimo Suter würde den Verband ähnlich konservativ führen wie der amtierende Präsident Platzer.**

stauration. Gerne würde er noch länger im Chefessel sitzen bleiben, doch eine ausserordentliche Delegiertenversammlung

versalzte ihm die Suppe und sprach sich gegen eine ausserordentliche Verlängerung der Amtszeit aus.

Anwärter für den neuen Chefposten sind Massimo Suter und Beat Imhof. Suter kennt als Vizepräsident von Gastrosuisse den Arbeitgeberverband ganz genau. In einem Interview im «Gastrojournal» erklärt der Tessiner: «Ich stehe für Kontinuität. Das heisst: Kontinuität ja, aber mit Innovationen und ohne Revolutionen.» Damit verspricht

Suter, den Arbeitgeberverband ähnlich konservativ zu führen wie der aktuell amtierende Präsident Platzer.



Massimo Suter

Politisch steht Suter «zwischen» der SVP und der FDP. Zudem prahlt er mit einem Bundeshausbadge und damit, per du zu sein mit Bundesrat Ignazio Cassis.

**NEUES IMAGE.** Beat Imhof hingegen ist politisch weniger erfahren als Suter. Für ihn ist klar: Die



Beat Imhof

Wahl des neuen Präsidenten von Gastrosuisse sei eine Richtungsentscheidung. «Entweder bleibt vieles, wie es war, oder die Delegierten wollen mit mir einen Neustart», sagt er gegenüber der «Winterthurer Zeitung». Weiter meint er, dass der Arbeitgeberverband ein neues Image brauche, denn das jetzige wirke verstaubt. Das Duell zwischen Suter und Imhof wird am 18. Juni entschieden. (dak)



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DIE EHRE DER SCHWEIZ

Die Polizei kam am 15. Mai um 5 Uhr in der Früh. Sie stürmte das Gebäude und führte die Protestierenden in Handschellen ab. Es war das vorläufige Ende der Besetzung der Eingangshalle

**Dieser geduldige, mutige Kampf an den Universitäten wird weitergehen.**

des Hauptgebäudes der Universität Genf. Über 500 Studierende aller Nationalitäten und Fakultäten, darunter

zahlreiche Mitglieder der jüdischen Studierendenvereinigung, hatten die Uni friedlich besetzt. So wie ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen der Universitäten Lausanne, Freiburg, Luzern, Basel, Zürich, Neuenburg sowie der beiden technischen Hochschulen ETH Zürich und EPF Lausanne. Sie protestieren gegen die Massaker der israelischen Armee an der palästinensischen Zivilbevölkerung. Ihre Forderungen: sofortiger Waffenstillstand in Gaza, Ende der Rüstungskooperation der Schweiz mit dem israelischen Waffenproduzenten Elbit, Schaffung eines öffentlichen Fonds für die Rekonstruktion der zertrümmerten palästinensischen Universitäten in Gaza und eines Stipendienfonds für palästinensische Forschende und sofortige Unterbrechung jeglicher Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten. Der Grund: Fast alle israelischen Universitäten arbeiten eng mit der Armee zusammen. Beispiele: Die hebräische Universität in Jerusalem führt ein Programm über Spionagetechnologie. Selbst die Archäologische Fakultät von Tel Aviv ist eng mit der Armee verbunden. Die Armee zerstört Häuser und ganze Dörfer, um den Archäologen den freien Zugang zu den Fundgruben zu sichern.

**VERBANDELT.** In der Schweiz haben sich die besetzten Universitäten in einer nationalen Bewegung organisiert, genannt CEP (Coordination des étudiant(e)s pour la Palestine). Sie rief am 2. Mai zur ersten nationalen Demonstration in Lausanne auf. Hunderte Personen kamen. Je nach der jeweiligen Reaktion der lokalen Behörden liefen die Besetzungen in differenzierter Form ab. In Genf allerdings verweigerte Rektorin Audrey Leuba jeglichen sinnvollen Dialog. Nach sieben Tagen friedlicher Besetzung rief sie die Polizei, die die Studierenden am 15. Mai dann abführte. Doch bereits am Montagmorgen, dem 20. Mai, kehrten sie zurück. Diesmal fügten sie ihren Forderungen eine neue hinzu: Sie verlangten den Rücktritt der Rektorin. Warum? Investigative Medienschaffende von Westschweizer Medien hatten Erstaunliches zutage gefördert. Der Ehemann der Rektorin, ein schwerreicher Geschäftsmann, ist Verwaltungsrat und Steueranwalt der US-amerikanischen Firma Pratt & Whitney. Diese fabriziert Flugzeugmotoren für die israelische Armee. Für 3 Milliarden US-Dollar rüstet die Firma die letzte Generation der israelischen F-35-Bomber aus. Die Dialogverweigerung der Rektorin erklärt sich höchstwahrscheinlich mit den Waffengeschäften ihres Ehemannes.

**PREMIERE.** Eine Bewegung wie die CEP hat die Schweiz noch nie gesehen. Studierende haben massiv mitgewirkt an den grossen Anti-Vietnamkrieg-Demos in den 1970er Jahren. Auch im Protest gegen das Apartheid-Regime in Südafrika in den späten 1980er Jahren waren die Studierenden aktiv. Aber solche Universitätsbesetzungen wie jetzt gab es nie zuvor. Dieser geduldige, kluge, mutige Kampf an den Universitäten wird weitergehen. Er ist die Ehre unseres Landes.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



9. Juni: Der nächste Erfolg für die Kaufkraft der 90 Prozent in diesem Land ist in Reichweite. Aber noch ist nichts gewonnen!

# Ja zum Prämiendeckel: **DAS** ist die wichtigste Grafik!

Am Abend des 9. Juni wird klar sein, ob die Prämienlast für die riesige Mehrheit in der Schweiz endlich erträglicher wird. Noch ist nichts entschieden, aber ein Ja zur Prämientlastung ist in Griffweite. Es geht um jede Stimme!

CLEMENS STUDER

Wenn es nur eine Grafik gäbe, die zeigen würde, wie zentral ein Ja zur Prämientlastungsinitiative der SP und der Gewerkschaften ist, dann wäre es diese rechts: In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt, Löhne und Renten jedoch stagnierten. In den vergangenen Jahren ist zudem die Teuerung stark angestiegen, Mieten und Energie sind massiv teurer geworden. Diese Entwicklung treibt immer mehr Haushalte an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten oder darüber hinaus.

In den letzten Umfragen im Auftrag der TX-Zeitungen sieht es für die Abstimmung vom 9. Juni gut aus: Sie zeigen eine Zustimmung mit 60 Prozent Ja, 40 Prozent Nein und 4 Prozent noch Unentschiedenen. (Die neuen Umfrage-Werte erscheinen nach Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe.)

## DIE FRANCHISEN-FALLE

Auf 2024 hin war der Prämienanstieg besonders hoch: Auf das ganze Jahr gerechnet, beträgt der Prämienaufschlag für eine vierköpfige Familie über 1000 Franken.

## Rund 20 Prozent der Menschen verzichten aus finanziellen Gründen auf Arztbesuche.

Die hohen Prämien führen dazu, dass viele Menschen aus dem Mittelstand die höchste Franchise wählen, um Geld zu sparen. Das ist ein Teufelskreis. Denn weil sie die 2500 Franken pro Person und das zusätzlich anfallende Geld für den Selbstbehalt nicht haben, gehen sie nicht zum Arzt oder zur Ärztin. Mittlerweile verzichten rund 20 Prozent der Menschen aus finanziellen Gründen auf Arztbesuche – mit zum Teil fatalen Folgen.

## DER VERBILLIGUNGS-BSCHISS

Dabei hatte es einmal ganz anders getönt: Niemand soll mehr als acht Prozent des Lohnes für Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Das versprochen Bundesrat und Parlament bei der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes Anfang der 1990er Jahre. Seitdem sind die Prämien explodiert, und die bürgerlichen Parteien im Bund und in den Kantonen haben ihr Versprechen gebrochen. Denn die in Sachen Prämienverbilligungen zuständigen Kantone knausern. Angeblich ist dafür kein Geld da. Dabei schreiben die Kantone seit Jahren massive Überschüsse. Obwohl sie sich konsequent arm budgetieren und für Reiche und Konzerne die Steuern senken (rebrand.ly/kantons-finanzen). Wenn das Prämienwachstum und die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werden – was eigentlich auf der Hand liegt –, haben 17 der 26 Kantone die Prämienverbilligungen im letzten Jahrzehnt zusammengestrichen. 10 Kantone haben die Beiträge sogar nominal gekürzt. Das heisst: Sie bezahlen heute auch in Franken weniger an Prämienverbilligungen als vor zehn Jahren. Besonders dreist: Nicht einmal das Geld, das sie für Prämienverbilligungen vom Bund bekommen, geben alle Kantone vollständig weiter.

## UNSOZIALE KOPFSTEUER

Das Schweizer Gesundheitswesen gehört zu den besten der Welt. Dabei kostet es im Vergleich zu anderen Ländern nicht übertrieben viel. Die Schweiz gibt zwischen 11 und 12 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Gesundheit aus. Das ist ähnlich viel wie unsere Nachbarländer. Manche liegen ein bisschen höher, andere ein bisschen tiefer. Wenn die Gesundheitskosten besonders stark die Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen plagen, hat das wenig mit den steigenden Kosten zu tun. Sondern mit dem extrem unsozialen Finanzierung via Kopfrämien.

Im EU-Durchschnitt werden mehr als drei Viertel aller Gesundheitsausgaben über Steuer- und Lohnbeiträge finanziert. In Norwegen, Schweden und Luxemburg sind es gar über 85 Prozent. In der Schweiz sind es gerade mal 36 Prozent. Zusätzlich sind die Kosten, die von den Kranken direkt übernommen werden, in der Schweiz besonders hoch. Zu den explodierenden Prämien kommen noch Franchise, Selbstbehalt, rezeptfreie Medikamente und Zahnbehandlungen.

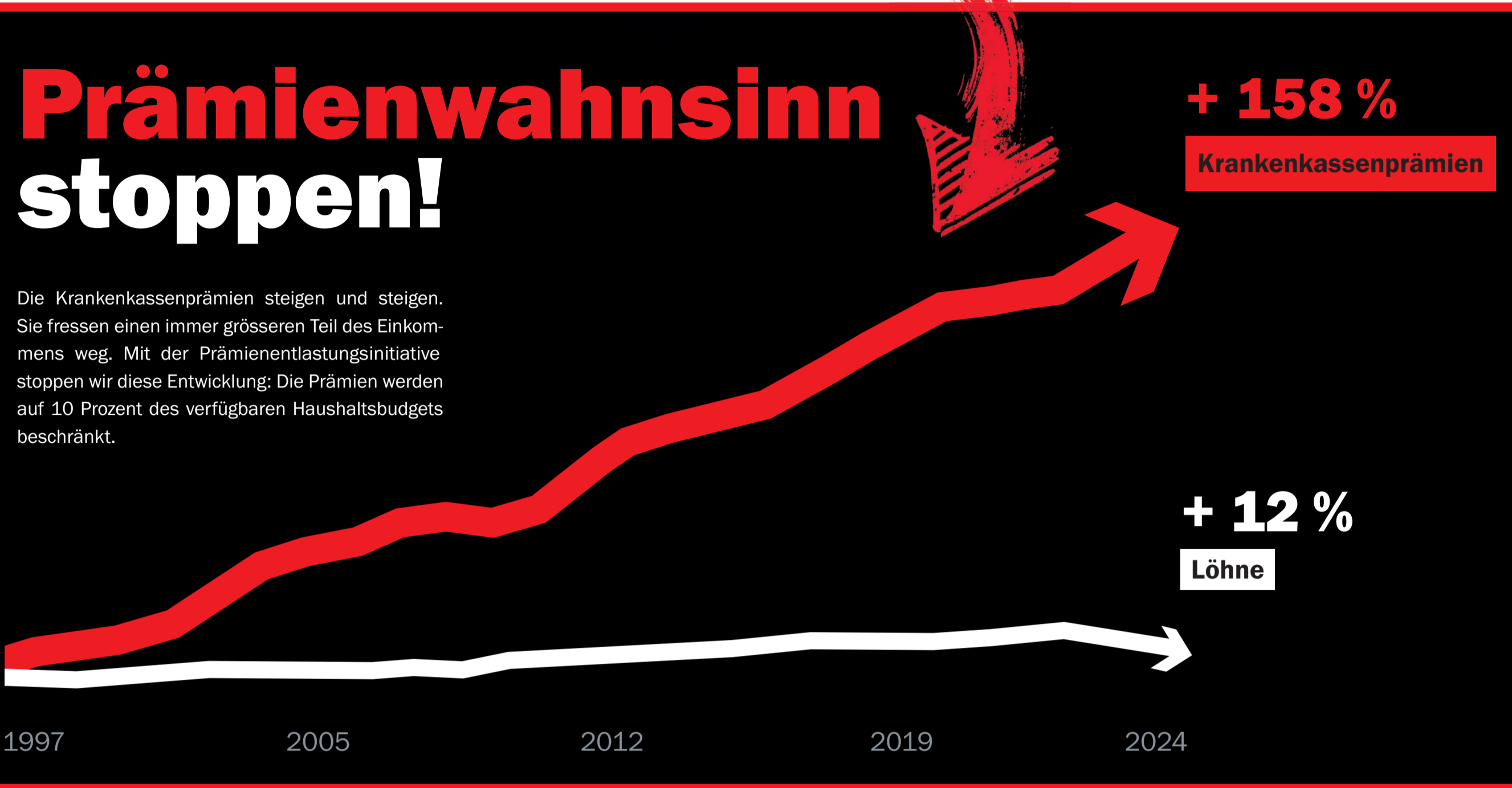
## DAS ÄNDERT EIN JA

Kein Haushalt muss mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben. Zwei Drittel der Gesamtausgaben für die Prämiendeckung soll der Bund übernehmen, einen Drittel die Kantone. Den Versicherern, die die Verbilligung nötig haben, wird diese garantiert. Weil die Initiative verhindert, dass sie gestrichen wird, wenn die bürgerlichen Kantone wieder einmal eine Abbaurunde planen.

Mit einem Ja zur Prämieninitiative sinken zwar nicht die Gesundheitskosten. Steigende Kosten können aber nicht mehr einfach auf die Prämienzahlerinnen und -zahler abgewälzt werden. Seit Jahrzehnten versprechen Bundesrat und Bürgerliche Lösungen gegen die steigende Prämienlast. Ein Ja am 9. Juni macht ihnen Beine.

# Prämienwahnsinn stoppen!

Die Krankenkassenprämien steigen und steigen. Sie fressen einen immer grösseren Teil des Einkommens weg. Mit der Prämientlastungsinitiative stoppen wir diese Entwicklung: Die Prämien werden auf 10 Prozent des verfügbaren Haushaltsbudgets beschränkt.



«Durch die Prämien fallen 20 Prozent meines Einkommens weg. Und jedes Jahr werden sie teurer. So kann es nicht weitergehen. Eine Deckelung wäre für mich eine grosse Erleichterung.»

MONIQUE MONBARON (54), BÄUERIN UND POSTANGESTELLTE



«Unsere Prämien sind dieses Jahr über 11 Prozent gestiegen. Diese Prämienexplosion muss unbedingt gestoppt werden, denn nur so können Familien langfristig entlastet werden.»

TOBIAS FELLER (34) UND SARAH THOMAS (32)



«In den vergangenen 20 Jahren haben sich die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt. Das bringt unzählige Menschen in grosse Not. So kann es nicht weitergehen. Darum Ja zum Prämiendeckel!»

BEAT HALDIMANN (56), LOGISTIKER



## Alt Bundesrätin Ruth Dreifuss erinnert an 1994 und sagt Ja

«Das Versprechen an die Bevölkerung war klar: Wenn die Prämien steigen – und davon ging man aus –, wird auch die Prämienverbilligung erhöht werden. Mit dem Ziel, dass kein Haushalt mehr als 8 Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkasse aufwenden muss. (...) Heute sind wir von diesem Ziel weit entfernt. Allein in den letzten 20 Jahren haben sich die Prämien mehr als verdoppelt. Gleichzeitig sparen viele Kantone bei der Prämienverbilligung. (...)»

Am 9. Juni haben wir die Möglichkeit, diese Entwicklung zu korrigieren. Was wir in den 90er Jahren bereits hätten machen müssen, können wir nun nachholen: die Deckelung der Krankenkassenprämien. Es wäre ein Meilenstein auf dem Weg zu einer solidarischen Schweiz.»

Die Abstimmung über das Krankenversicherungsgesetz im Dezember 1994 ist eine der präsentesten Erinnerungen von Ruth Dreifuss. Die Gewerkschafterin war damals SP-Bundesrätin und für das Dossier verantwortlich. In einem Newsletter und in einem ausführlichen und eindrücklichen Gespräch mit SP-Präsident Cédric Wermuth ruft sie «ein paar Dinge in Erinnerung». (Nachzuschauen hier: rebrand.ly/ruth-dreifuss.)

## Darum sagt Caritas-Präsident Peter Lack Ja

«Die individuelle Prämienverbilligung unterstützt jene Menschen, die finanziell nur knapp über die Runden kommen. Ein Ausbau dieses Instruments trägt demnach dazu bei, das Armutsrisiko dieser Menschen zu senken.»



FOTO: ZVG CARITAS

## Darum sagt Hausarzt-Präsident Philippe Luchsinger Ja

«Wenn Sie wissen, dass Sie die ersten 2500 Franken plus die Anteile des Selbstbehalts – also nochmals bis 700 Franken – schlicht nicht haben, werden Sie nicht zum Arzt gehen. Sie gehen nicht auf den Notfall und werden die benötigten Medikamente nicht kaufen. (...) Bei einem Ja zur Prämientlastungsinitiative können die Menschen wieder eine tiefe Franchise wählen (...). Sie werden nicht mehr jeden Franken umdrehen müssen, um zu entscheiden, ob sie sich abklären und behandeln lassen können.»

Ein ausführliches Interview mit Philippe Luchsinger, Hausarzt und Präsident des Berufsverbands der Schweizer Haus- und Kinderärzte, gibt's über diesen Link: rebrand.ly/philippe-luchsinger.

## Das bringt der Prämiendeckel

**Familie mit zwei Kindern**



Eine vierköpfige Familie mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von zusammen 9000 Franken netto spart monatlich mehrere Hundert Franken.

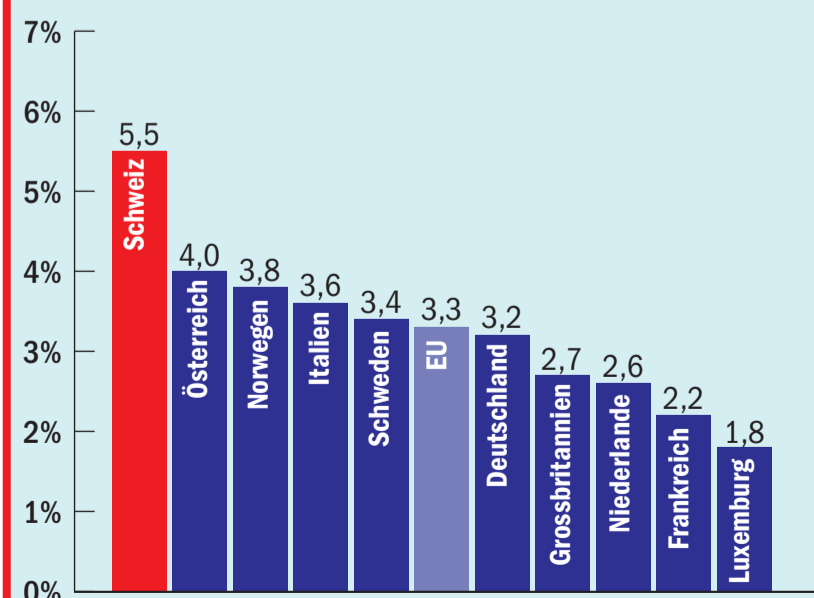
**Pensionierte und Einzelpersonen**



Pensionierte und Einzelpersonen mit einem Nettoeinkommen bis zu 5000 Franken profitieren von der geforderten Deckelung der Prämien.

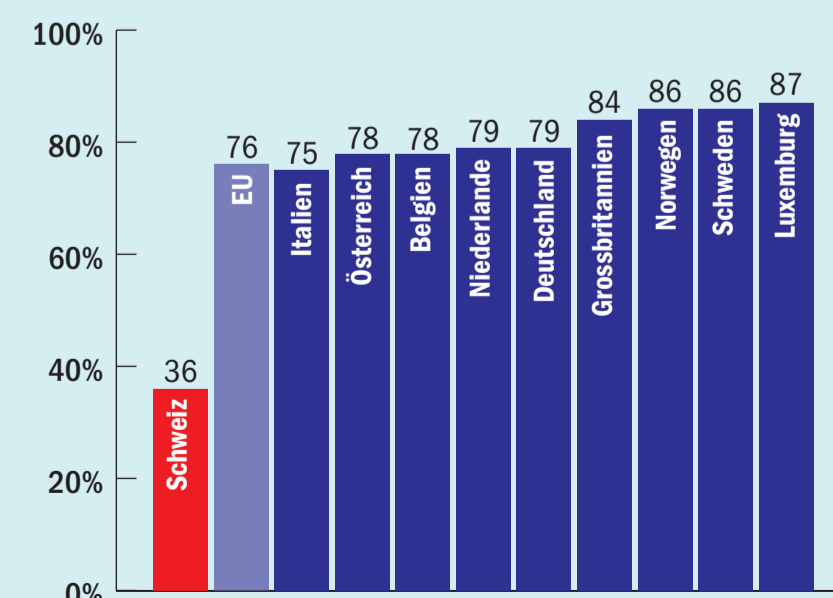
## Unser Gesundheitswesen ist extrem unsozial finanziert

So viel kommt zu den Prämien noch dazu  
Zusätzliche Kosten in Prozent des Haushaltsbudgets



Im EU-Durchschnitt werden mehr als drei Viertel aller Gesundheitsausgaben über Steuer- und Lohnbeiträge finanziert. In Norwegen, Schweden und Luxemburg sind es gar über 85 Prozent. Zudem: Ein durchschnittlicher Schweizer

Sozial finanzierter Anteil an den Gesundheitskosten  
Einkommensabhängige Mittel (z. B. Lohnprozente, Steuern) an den Gesundheitskosten in Prozent



Haushalt wendet zusätzlich zu den Prämien rund 5,5 Prozent des verfügbaren Einkommens für Gesundheitsausgaben auf – also für Franchise, Selbstbehalt, Kosten für Medikamente, Zahnbehandlungen usw.



## Zucker und Zucker und nochmals Zucker Nestlés fettes Geschäft mit Babynahrung

Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé mischt seinen Babyprodukten in ärmeren Ländern mehr Zucker bei. Der Konzern treibt damit die weltweite Epidemie der Fettleibigkeit an.

IWAN SCHAUWECKER

Bei den ganz Kleinen ist Nestlé dick im Geschäft: Der Schweizer Nahrungsmittelkonzern kontrolliert 20 Prozent des weltweiten Marktes für Babynahrung. Mit einem weltweiten Umsatz von über 2,5 Milliarden US-Dollar gehörten die Milchpulverprodukte Cerelac und Nido im Jahr 2023 in Ländern mit niedrigen bis mittleren Einkommen zu den meistverkauften Marken des Konzerns mit Sitz in Vevey VD.

### EIN ZUCKERWÜFEL PRO PORTION

Eine neue Untersuchung der Nichtregierungsorganisation Public Eye zeigt, dass Nestlé in diesen Ländern der Babynahrung häufig auch Zucker beimischt. Eine Portion Cerelac enthält einen Zuckerzusatz von durchschnittlich fast 4 Gramm pro Portion. Das entspricht etwa einem Zuckerwürfel. Und das für Babys ab sechs Monaten. Die höchste Menge (7,3 Gramm) hat Public Eye in einem philippinischen Cerelac nachgewiesen.

**ZUCKER FÜR DIE ARMEN: Nestlé mischt seiner Babynahrung in Ländern mit niedrigen Einkommen Zucker bei.** FOTO: ADOBE STOCK

Die meisten Nido-Milchpulver für Kleinkinder zwischen einem und drei Jahren enthielten ebenfalls Zucker, im Schnitt fast zwei Gramm pro Portion. Den Spitzenwert (5,3 Gramm) wies ein in Panama verkauftes Produkt auf. In der Schweiz und den wichtigsten europäischen Märkten verkauft Nestlé seine Babynahrung dagegen ganz ohne Zuckerzusatz.

### IMMER MEHR FETTLLEIBIGKEIT

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnt, dass ein früher Kontakt mit zuckerhaltigen Produkten eine Vorliebe bei den Kindern schaffen könne, die das Risiko für Fettleibigkeit und andere damit verbundene Krankheiten wie Diabetes erhöhe. Die WHO fordert deshalb seit 2022, jeglichen Zuckerzusatz aus der Nahrung für Babys und Kleinkinder unter drei Jahren zu verbannen.

### Die WHO fordert, Zucker aus der Nahrung für Babys zu verbannen.

Denn seit 1990 hat sich die Krankheit Adipositas (Fettleibigkeit) weltweit mehr als verdoppelt, und eine Milliarde Menschen sind inzwischen stark übergewichtig. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil fettleibiger Kinder und Jugendlicher vervierfacht und liegt nun bei 8 Prozent der 5- bis 19-jährigen. Die WHO spricht von einer «Epidemie», besonders in Ländern mit tieferen Einkommen.

### PETITION AN NESTLÉ

Für Nestlé alles kein Problem: «Alle unsere Rezepturen entsprechen den internationalen und lokalen Gesetzen, einschliesslich der Kennzeichnungsvorschriften», schreibt der Konzern auf Anfrage von SRF. Die Babynahrung bewirbt Nestlé auch mit aggressivem Marketing. Nestlé setzt gezielt Gesundheitsfachleute und Influencerinnen ein, die das Vertrauen der Eltern für die süssigen Produkte gewinnen sollen. Public Eye fordert Nestlé mit einer Petition dazu auf, weltweit sofort auf den Zusatz von Zucker in seinem gesamten Sortiment für Kinder unter drei Jahren zu verzichten.

## Streik: Nestlé-Fabrik in Kanada lahmgelegt

# Kitkat macht mal Pause

461 Mitarbeitende der Nestlé-Fabrik in Toronto (Kanada) sind in einen Streik getreten. Sie fordern vom Schweizer Nahrungsmittelgiganten den Teuerungsausgleich und eine Erhöhung der Pensionskassengelder.

IWAN SCHAUWECKER

Seit dem 6. Mai streiken 461 Arbeiterinnen und Arbeiter der Nestlé-Fabrik in der kanadischen Grossstadt Toronto. Vor der Fabrik, wo normalerweise Smarties und Kitkat-Schokolade produziert werden, gibt es

«Bis wir einen fairen Deal haben, verlässt hier kein Kitkat-Riegel diese Fabrik.»

DONNA, STREIKENDE ARBEITERIN

jetzt einen Streikposten mit Musik und Sprechchören. Donna, eine Arbeiterin, die seit 39 Jahren für die Fabrik arbeitet, sagte am ersten Streiktag zu einer Fernsehreporterin: «Eigentlich wäre jetzt Hochbetrieb, aber bis wir einen fairen Deal haben, verlässt hier kein einziger Kitkat-Riegel diese Fabrik.»

### STREIKFREUDIGE BELEGSCHAFT

Die gesamte Belegschaft ist in den Streik getreten. Die Streikenden fordern zusammen mit der kanadischen Gewerkschaft Unifor eine Anpassung der Rentenzahlungen und den vollen Teuerungsausgleich bei den Löhnen. Unifor ist die grösste Gewerkschaft in Kanadas Privatwirtschaft und hat 310 000 Mitglieder. Während des Streiks werden die Lohnausfälle der Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Streikkasse der Gewerkschaft kompensiert.

Bereits vor drei Jahren haben die Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter in Toronto



IM STREIK: Die Búezerinnen und Búezer der Nestlé-Fabrik in Toronto haben ihre Arbeit niedergelegt. FOTO: UNIFOR

erfolgreich gestreikt und nach drei Wochen Streik eine Verbesserung der Rentensituation erreicht. Eamonn Clarke, der Präsident der lokalen Sektion von Unifor, ist optimistisch, dass Nestlé auch dieses Mal einlenken wird: «Die Gruppe ist sehr stark, und wir haben vier Streikkapitäne, welche die Dienstpläne machen.» So gebe es auch keine Streikbrecher.

Trotz dem erfolgreichen Streik war das Management bisher zu keinen weiteren Gesprächen mit der Gewerkschaft bereit.

### NESTLÉS DIVIDENDENREGEN

Der Schweizer Nahrungsmittelkonzern könnte sich mehr Grosszügigkeit in seinen weltweit 340 Fabriken, davon 9 in der Schweiz, durchaus leisten. Nestlé-CEO

Mark Schneider garnierte im letzten Jahr 11,2 Millionen Franken, und der Konzern aus Vevey VD erwirtschaftete einen Reingewinn von 11,5 Milliarden Franken. Und erhöhte die Dividende zum 29. Mal in Folge.

### SO RECHTFERTIGT SICH DER KONZERN

Auf Anfrage von work schreibt Nestlé Kanada: «Unser Ziel ist es, die Mitarbeiter wieder an ihren Arbeitsplatz zu bringen.» Nestlé schreibt weiter, dass mit den Gewerkschaften ein Tarifvertrag ausgehandelt werden soll, der das Werk in einem «zunehmend schwierigen Marktumfeld» wettbewerbsfähig halte. Die Arbeitsunterbrechung habe bisher noch zu keinen leeren Regalen im Detailhandel geführt, schreibt Nestlé.

## Als eine Berner Gruppe sich den Nahrungsgiganten Nestlé vorknöpfte 50 Jahre «Nestlé tötet Babys»

Das Heftchen schlug ein wie eine Bombe. Der Titel: «Nestlé tötet Babys». Damit kamen erstmals die skrupellosen Marketing-Methoden des Nahrungsmittelgiganten ans Licht.

IWAN SCHAUWECKER

Im Mai 1974 erschien die Broschüre «Nestlé tötet Babys». Die «Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern» hatte in dieser Publikation die Anklageschrift der englischen Hilfsorganisation «War on Want» übersetzt. Die Autoren warfen dem Konzern vor, er ignoriere beim Verkauf des Milchpulvers für Babys die oft prekären hygienischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern. Die Verschmutzung des Wassers, das für die Pulvermilch verwendet wird, führte zu Erkrankungen oder gar zum Tod der Kleinkinder. Die englische Organisation kritisierte auch die hohen Preise der Produkte und die fragwürdigen Werbemethoden von Nestlé, die junge Mütter vom Stillen abhalten würden.

**Der Richter stellte fest, dass Nestlé für den Tod vieler Kinder verantwortlich sei.**

### NESTLÉ KLAGTE

Nestlé hielt diese Anschuldigungen für völlig haltlos und klagte wegen übler



KLEINES HEFTCHEN, GROSSE WIRKUNG: Diese Publikation sorgte vor 50 Jahren für viel Aufsehen. FOTO: ZVG

Nachrede und Verleumdung gegen die Arbeitsgruppe. Die Aktivisten sollten sich «in aller Form gegenüber Nestlé entschuldigen», die Ehrverletzung dauern und die Verfahrenskosten übernehmen.

Der Zürcher Anwalt und spätere Bundesrat Moritz Leuenberger vertrat die Gruppe vor dem Berner Obergericht. Der Gerichtsfall endete mit einer symbolischen Verurteilung der Angeklagten, wobei Nestlé im Vorfeld drei der vier Anklagepunkte fallenliess. Die Autoren der Broschüre wurden einzig

für den Titel «Nestlé tötet Babys» zu einer Busse von je 300 Franken verurteilt.

### RICHTER TADELTE NESTLÉ

Obwohl Nestlé den Prozess gewann, stellte der Richter in der Urteilsbegründung fest, dass Nestlé mit seinem unethischen Verhalten verantwortlich für den Tod von Tausenden von Kindern sei. Er erteilte dem Konzern die Empfehlung, «seine Werbemethoden in den Entwicklungsländern von Grund auf zu ändern». Mütter würden durch als Krankenschwestern getarnte Verkäuferinnen getäuscht, und dem Babymilchgeschäft werde ein trügerisch wissenschaftlicher Anstrich gegeben.

### URTEIL MIT LANGZEITFOLGEN

Der Gerichtsfall war wegen der richterlichen Ermahnung an den Konzern einzigartig und führte zu einer neuen Art von Öffentlichkeit und Kritik an Konzernen.

In der Folge erarbeitete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen Verhaltenskodex, der ab 1981 nur noch eine sehr restriktive Vermarktung von Babynahrung erlaubte. So müssen die Babynahrungsprodukte mit dem Hinweis versehen sein, dass Stillen in den ersten sechs Lebensmonaten immer besser sei als die Ernährung mit Baby-Milchpulver. Dennoch zielt das Marketing von Nestlé weiterhin darauf ab, das Vertrauen der Mütter für seine Babynahrung zu gewinnen und die Kleinkinder mit Zucker zu ködern (siehe Artikel links).



# Argentiniens Präsident greift historische Errungenschaften an Gewerkschaften erwachen aus dem Dornröschenschlaf



ZURÜCK AUF DER STRASSE: In Argentinien erstarken die Gewerkschaften und können wieder die Massen mobilisieren, wie hier am 1. Mai. FOTO: KEYSTONE

**Der argentinische Präsident Javier Milei will maximale Freiheit für Unternehmen und minimale Rechte für Arbeitende. Dagegen regt sich Widerstand, der sogar dazu führen könnte, die internen Probleme der Gewerkschaften zu lösen.**

MALTE SEIWERTH\*

Eine volle Strasse, lange Kolonnen von Arbeiterinnen und Arbeitern marschieren am 1. Mai in Buenos Aires an einer improvisierten Bühne vorbei. Über Lautsprecher wiederholt eine Stimme die immergleichen Durchhalteparolen gegen die rechtsliberale Regierung unter Javier Milei.

Auch der Vertreter der U-Bahn-Angestellten von Buenos Aires, Alberto Pianelli, war an diesem Tag auf der Strasse. Er meint etwas höhnisch: «Früher führte die Zentralgewerkschaft CGT am 1. Mai eine Kirchenmesse durch, und die Trotzlisten veranstalteten Kundgebungen, die auch in einen Saal gepasst hätten.» Doch diese Zeiten seien vorbei. Der Ernst der Lage habe dazu geführt, dass die Gewerkschaften vereint und in Massen demonstrierten – zum ersten Mal seit vielen Jahren.

Seit Dezember 2023 regiert in Argentinien der «Anarchokapitalist» Javier Milei. Er will die seit Jahren andauernde Wirtschaftskrise und Inflation mit einem neoliberalen Schockprogramm bekämpfen: Massive Kürzungen im öffentlichen Sektor, Deregulierung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Gewerkschaften sind zentrale Teile des Programms (work berichtete: [rebrand.ly/milei-der-spalter](https://rebrand.ly/milei-der-spalter)). Ziel ist es, die Reste des Sozialstaats zu schleifen und

Argentinien in ein neoliberales Musterland zu verwandeln. Davon besonders betroffen sind die Gewerkschaften, die es seit Jahrzehnten schaffen, für einen Teil der Gesellschaft relativ hohe Lebensstandards zu sichern.

## KÄMPFERISCHE BÄHNLER VERDIENEN GUT

Auch die Mitarbeitenden der U-Bahn von Buenos Aires gehören zu diesem Sektor. Mit umgerechnet rund 1500 Franken Lohn verdienen sie etwa das Dreifache eines Arztes im öffentlichen Dienst und arbeiten gleichzeitig nur 36 Stunden die Woche, 6 Stunden am Tag. Ein historischer Erfolg, den die Gewerkschaft auch mit den gesundheitsschädlichen Arbeitsverhältnissen unter der Erde rechtfertigt.

U-Bahn-Gewerkschafter Pianelli erzählt stolz, wie sein Verband Anfang der 2000er Jahre für neue Rechte kämpfte und eine damals jüngere Generation das Gewerkschaftssekretariat übernahm. «Wir haben es geschafft, alle outge-



**«Die Krise kann zu einem Teil der Lösung werden.»**

ALBERTO PIANELLI,  
U-BAHN-GEWERKSCHAFTER

sourten Arbeitsbereiche wieder in das Unternehmen zu integrieren», unterstreicht Pianelli einen der grössten Erfolge.

Der Arbeitsrechtler Jorge García erklärt: «Das argentinische Gewerkschaftsmodell steht im Zentrum der Kritik durch die Unternehmerverbände.» Und im Gegensatz zu den Gewerkschaften stünden die Unternehmerverbände fest hinter dem neoliberalen Kurs der Regierung.

Argentinien ist ein lateinamerikanischer Einzelfall, meint García, ähnlich wie in Deutschland gibt es hier in der Regel nur eine Gewerkschaft pro Unternehmen und nicht mehrere Dutzend oder gar über hundert wie im Nachbarland Chile. «Dies führt zu starken Gewerkschaften, die die Rechte der Arbeitenden erfolgreich verteidigen können», sagt García, der unter anderem an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Buenos Aires unterrichtet. Die starke Stellung der argentinischen Gewerkschaften zeigt sich auch in ihrem breiten Leistungskatalog. Für ihre Mitglieder führen sie etwa eigene Rentenkassen, Krankenkassen und sogar ganze Ferienkolonien mit stark vergünstigten Angeboten.

## ÜBER DIE HÄLFTE SIND VERARMT

Doch dieses weit ausgebaute Sozialsystem ist längst nicht für alle da. Während manche gewerkschaftlich organisierten Sektoren hohe Löhne erreichen, leben knapp 60 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze. Vor Mileis Amtsantritt waren «erst» rund 40 Prozent betroffen. Zwar hob die Regierung den Mindestlohn im März um 30 Prozent an, jedoch blieb er hinter der galoppierenden Inflation von über 50 Prozent in den ersten vier Monaten des Jahres 2024. Damit fiel der Mindestlohn von derzeit umgerechnet 200 Franken erstmals unter das Existenzminimum. Rund 40 Prozent der Bevölkerung arbeiten zudem schwarz. Diesem Problem begegne Milei auf seine ganz eigene Art, sagt Professor García: «Die Regierung legalisiert Anstellungen ohne Arbeitsvertrag quasi, indem sie die Strafen dafür abschafft.» Eine entsprechende Arbeitsmarktreform hat das argentinische Abgeordnetenhaus Ende April absegnen.

## KORRUPTION SCHWÄCHT GEWERKSCHAFTEN

In Argentinien herrscht Unmut über die Ungleichheit. Neben der fehlenden Repräsentation vieler prekarierteter Arbeiterinnen

## «Andere Wahrheit»: Präsident Milei auf dem Pfad der Militärdiktatur

Schon einmal waren die Gewerkschaften politischer Verfolgung ausgesetzt: unter der Militärdiktatur von 1976 bis 1983. Präsident Milei hat sich bereits mehrfach positiv über das Schaffen der Generäle geäussert. Auch zweifelte er öffentlich die Anzahl der durch die Diktatur ermordeten 30 000 Personen an.

**WIDERLEGT.** Zum 41. Jubiläum der Rückkehr zur Demokratie verbreitete die Regierung ein Video, das dazu auffrief, die «andere Wahrheit» zu berücksichtigen. Demnach stand Argentinien 1976 kurz vor einem Bürgerkrieg, den das Militär durch «das Eingreifen» verhindert habe. Eine Erzählung, die bereits von der Putschisten verbreitet wurde, aber von der Geschichtswissenschaft längst widerlegt wurde.

und Arbeiter führen regelmässige Korruptionskandale und undurchsichtige Strukturen in den Gewerkschaften zu abnehmendem Vertrauen in die Interessensvertretungen. Pianelli von den U-Bahn-Arbeitern kritisiert: «Es gibt manche Gewerkschaftssekretäre, die zu Unternehmern geworden sind oder sich von den Unternehmen bestechen lassen haben. Sie haben ihre eigentliche Aufgabe, den Kampf für die Arbeiterinnen und Arbeiter, vergessen.» In den Branchen mit besonders vielen solcher Skandale sind auch die Löhne besonders tief.

«Wir sind aus dieser Problematik entstanden», meint Pianelli weiter. Seine Gewerkschaft ist daher schon vor rund 20 Jahren aus dem peronistischen Zentralverband CGT ausgetreten und hat stattdessen den kämpferischeren Gewerkschaftsbund CTA mitaufgebaut, die Central de Trabajadores de la Argentina.

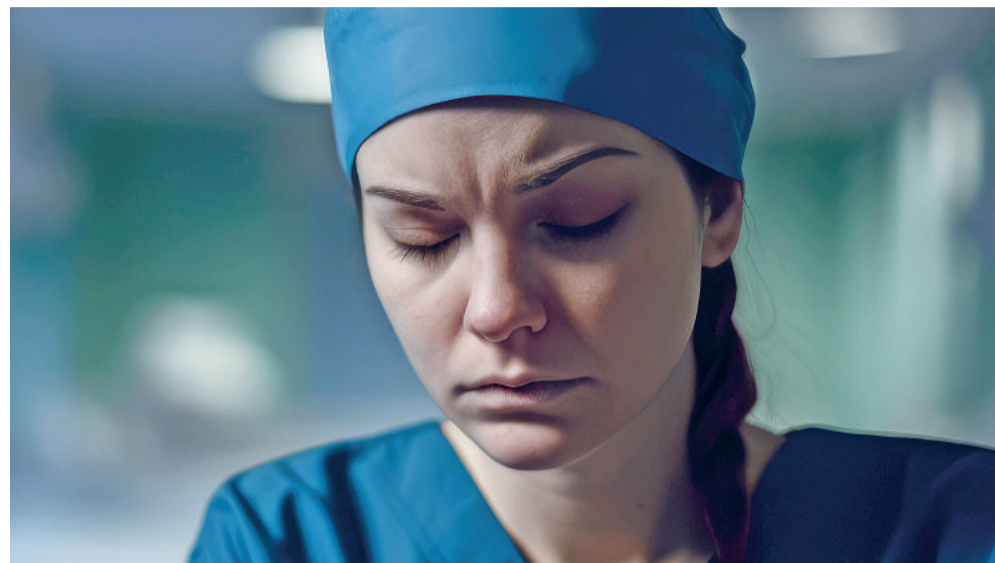
Doch die derzeitige Krise könne auch Teil der Lösung werden, meint Pianelli optimistisch. «Wir erleben derzeit eine Revitalisierung der Gewerkschaftsbasis.» Die Menschen hätten ernsthaft Angst um den Verlust ihrer Lebensqualität und würden sich wieder viel stärker mobilisieren. «Und dort, wo Bewegung herrscht, können alte Strukturen zerbrechen», schliesst Pianelli. Zehn Tage später steht Argentinien still: Generalstreik! Es ist bereits der zweite gegen Milei. Dazu aufgerufen haben alle Gewerkschaften zusammen.

\* Der Zürcher Journalist Malte Seiwert arbeitet seit 2020 als freier Korrespondent aus Santiago de Chile.



Statistik des Bundes zeigt auf:

# So krank macht uns die Arbeit



**BESONDERS BETROFFEN:** In der Pflegebranche sind etliche Arbeiterinnen von Stress betroffen, was dazu führt, dass viele ihr Pensum reduzieren müssen. FOTO: ADOBE STOCK

**Neue Zahlen vom Bund zeigen auf, wie ungesund die Arbeitsbedingungen in der Schweiz sind. Besonders in Frauenbranchen wie dem Gastgewerbe und dem Gesundheitswesen verschlechterte sich die Lage stetig.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Stress, Belästigung, physische Risiken bis hin zum Burnout. Kürzlich publizierte Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen alarmierende Ergebnisse zum Thema Arbeit und Gesundheit auf. Zwischen 2012 und 2022 litt die Gesundheit von Schweizer Arbeitnehmenden zunehmend. Auffällig ist besonders die gestiegene Belastung bei Frauen.

**Jede vierte Frau gab an, meistens oder immer unter Stress zu arbeiten.**

2022 gab jede vierte Frau an, meistens oder immer unter Stress zu arbeiten. Besonders betroffen sind Arbeitnehmerinnen in der Gastronomie und dem Sozialbereich, dazu gehört die Pflege und die Kinderbetreuung – beides typische Frauenbranchen.

Die Belastung am Arbeitsplatz führt dazu, dass viele ihr Pensum reduzieren, um nicht krank zu werden. Diese unfreiwillige Reduktion führt zu finanziellen Einbussen. Unmittelbar beim Einkommen, langfristig bei der Rente. Laut dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) sei diese Entwicklung inakzeptabel. Deshalb fordert er: kürzere Arbeitswochen, weniger dichte Ar-

beitspläne, Einhaltung der Ruhevorschriften und keine kurzfristigen Arbeitsplanänderungen.

Männer dagegen leiden am Arbeitsplatz unter physischen Risiken. Besonders betroffen sind junge Arbeiter in der Landwirtschaft und dem Baugewerbe. Laut Umfrage gaben 61 Prozent der Männer unter 30 Jahren mindestens drei Risikofaktoren an, mit denen sie am Arbeitsplatz konfrontiert sind. Einzige physische Risiken, die von Frauen häufiger erwähnt wurden als von Männern, waren schmerzhafte Körperhaltungen sowie das Tragen oder Bewegen von Personen. Diese Belastungen kommen vor allem in der Pflege oder bei der Betreuung von Kindern häufig vor.

## NEUSTE ANGRIFFE AUS DER FDP

Trotz all den steigenden Risiken bei der Arbeit steht beim Schweizer Parlament eine Reihe von Vorstössen an, die den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz schwächen wollen. Darunter der Vorstoss von FDP-Parteipräsident Thierry Burkart, der mit neuen Homeoffice-Regelungen die Nacht- und Sonntagsarbeit im Büro einführen will. Gegen neuste Angriffe auf die freien Tage der Verkäuferinnen und Verkäufer sowie längere Ladenöffnungszeiten engagiert sich die Gewerkschaft Unia (work berichtete: [rebrand.ly/Ladenoeffnungszeiten](https://rebrand.ly/Ladenoeffnungszeiten)).

Doch es gibt nicht nur Konter aus dem Parlament: Der Neuenburger SP-Nationalrat Baptiste Hurni reichte im März 2023 einen Vorstoss ein, der fordert, dass Stress als Berufskrankheit anerkannt wird. Die zuständige Kommission des Nationalrats lehnte Hurnis Initiative erst kürzlich ab. Die Gewerkschaft Unia fordert, dass das Parlament bei diesem Vorstoss nochmals über die Bücher geht.

## Kurznachrichten Fortsetzung von Seite 4

### Kahlschlag bei Mubea

**ARBON.** Der Mubea-Konzern plant die Schliessung seines Produktionsstandorts in Oberriet SG und hat das Konsultationsverfahren eröffnet. Vor drei Jahren gehörte der Betrieb noch zur Division «Steel Tubes» der Jansen-Gruppe und wurde dann an den deutschen Mubea-Konzern, der weltweit 17 000 Mitarbeitende zählt, verkauft. Am Standort in Oberriet arbeiten derzeit 34 Mitarbeitende in der Verarbeitung von Präzisionsstahl und beliefern mit ihren Produkten hauptsächlich die Automobilindustrie. Die Unia fordert die Weiterbeschäftigung der Angestellten und einen ausgewogenen Sozialplan.



**ERST DER ANFANG:** Die Migros hat 150 Mitarbeitende entlassen, darunter auch mehrere schwangere Frauen. FOTO: KEYSTONE

### Migros entlässt auch Schwangere

**ZÜRICH.** Im Februar kündigte die Migros 1500 Entlassungen und den grössten Umbau der Firmengeschichte an. Am Hauptsitz in Zürich haben jetzt die ersten 150 Angestellten der Bereiche IT, Logistik und

Marketing die Kündigung erhalten. Unter den entlassenen Personen sind auch drei Mitarbeiterinnen, die ein Kind erwarten. In den 16 Wochen nach der Geburt darf der Arbeitgeber ein unbefristetes Arbeitsverhältnis gemäss Gesetz nicht kündigen. Die Migros hat diese obligatorische Frist in den Kündigungsschreiben nur leicht verlängert: 18 Wochen nach der Geburt verlieren die betroffenen Frauen ihren Migros-Job.

INSERAT

Berlinale 74<sup>e</sup> Internationale Filmfestspiele Berlin Panorama



Ein unerwartet frischer Blick auf den Kampf eines Arbeiterpaars um seine Liebe!

AENNE SCHWARZ  
CARLO LJUBEK

# ALLE DIE DU BIST

Drehbuch & Regie MICHAEL FETTER NATHANSKY

AB 6. JUNI IM KINO



# Büroreinigung geschieht meist zu Randzeiten. Warum eigentlich? An den Tagesrand verstossen

**Reinigerinnen arbeiten frühmorgens oder spät abends, weil sie unsichtbar bleiben müssen. Auf Kosten ihres Familienlebens und ihrer Gesundheit. Dass es auch anders geht, zeigen jetzt Forschende am Beispiel von Norwegen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Wenn die Bürolistas morgens ihre PC hochfahren, ist ihr Arbeitsplatz blitzblank. Jeden Tag von neuem, wie aus Feen-Hand. Natürlich steckt keine Magie dahinter, sondern Knochenarbeit, meist von Frauen mit Migrationshintergrund für einen niedrigen Lohn geleistet. Sie reinigen die Büros, wenn schon längst niemand mehr oder noch niemand auf den ergonomischen Sesseln oder in den auf Hightech getrimmten Konferenzräumen sitzt. Sie arbeiten zu Randzeiten, um tagsüber niemandem in die Quere zu kommen. Sie müssen unsichtbar bleiben.

## FORSCHUNGSWÜSTE

Das ist typisch für die Unterhaltsreinigung, also das Putzen von Büroräumlichkeiten oder Schulen, dem grössten Arbeitsbereich in der Reinigungsbranche. Weshalb die Reinigung im Verborgenen stattfinden muss und welche Auswirkungen diese Arbeit an den Tagesrändern auf die Betroffenen hat, darüber gibt es nur wenige wissenschaftliche Aussagen. Trotz der hohen Verbreitung von geteilten Diensten auch im Gastge-

## Die Verdrängung an die Randzeiten ist Ausdruck eines Machtverhältnisses.

werbe, in der Pflege oder im öffentlichen Verkehr. Die Soziologin Karin Sardadvar von der Wirtschaftsuniversität Wien will das jetzt ändern. In ihrer Studie haben Sardadvar und ihre Mitautorinnen nicht nur über Reinigerinnen geschrieben, sondern auch mit ihnen gesprochen und sie auf ihren Arbeitseinsätzen begleitet.

## WENIG WERTSCHÄTZUNG

Den Ursprung der geteilten Dienste sieht Sardadvar in den 1980er Jahren. Die Unternehmen hätten damals begonnen, Reinigungsarbeiten auszulagern. Dadurch ergab sich ein Dienstleistungs-dreieck aus Reinigungsfirma, ihren angestellten Reinigerinnen und den Kundinnen und Kunden. Die Wünsche der Kundschaft wurden den Reinigungsunternehmen Befehl, auf dem Buckel der Reinigerinnen.



**UNABDINGBAR, ABER UNSICHTBAR:** Reinigerinnen halten unsere Arbeitsplätze sauber; wer diese Menschen sind, wissen aber nur wenige, da sie meistens ausserhalb der Bürozeiten aktiv sind. FOTO: KEYSTONE

Die Verdrängung an die Randzeiten ist für Sardadvar auch Ausdruck eines Machtverhältnisses. Putzen erfährt generell wenig Wertschätzung, Frauen erledigen diese Arbeit oft unbezahlt, was sie gesellschaftlich abwertet. Kommt hinzu: Vor allem Migrantinnen sind in der Unterhaltsreinigung tätig, mit keinen oder niedrigen Bildungsabschlüssen (oder mit vorhandenen, aber nicht anerkannten Abschlüssen aus dem Ausland). Von Menschen also, die ohnehin verstärkt Diskriminierung erfahren.

Durch die Gespräche mit den Betroffenen hat Soziologin Sardadvar erfahren: Die Zeit zwischen den Diensten ist für die Reinigerinnen nicht erholsam, keine «richtige» Freizeit. Durch die Rückkehr zur Arbeit noch am selben Tag entsteht ein Druck, den sie als einschränkend empfinden. Betroffene erzählen etwa von der Mühe, viermal täglich den Arbeitsweg zurücklegen zu müssen, von der Hektik der Hausarbeit in der Pause und von der Belastung, wenn man die Kinder nur am Wochenende zu Gesicht bekommt.

## ZEIT FÜR DIE TOCHTER

Dass es auch anders geht, zeigt Norwegen. Dort haben die Unternehmen bereits in den 1970er Jahren die Bedeutung von Hygiene in Innenräumen erkannt, eine wichtige Grundlage für die Förderung

professioneller Reinigung. Gleichzeitig waren immer mehr Frauen berufstätig. Das führte zur Überzeugung, dass Frauenerwerbstätigkeit existenzsichernd sein sollte und nicht bloss ein Zuverdienst. Heute ist es in Norwegen üblich, dass die Reinigerinnen tagsüber arbeiten. In ihren Studien stellt Soziologin Sardadvar klar: Die Umstellung auf eine Tagreinigung braucht Zeit und eine gute Vorbereitung, sowohl der Reinigerinnen als auch der Kundschaft. Ansonsten, so Sardadvar, werden die Reinigerinnen weiterhin «unsichtbar gemacht».

Forschende haben zum Beispiel beobachtet, dass die Kundinnen und Kunden das Licht löschen, wenn die Reinigerin noch am Arbeiten ist. Für manche Reinigerinnen bedeutet die Sichtbarwerdung ihrer Arbeit auch eine deutlichere Wahrnehmung der fehlenden Anerkennung. Doch insgesamt waren die Reinigerinnen gesünder, zufriedener mit der Arbeit, es gab weniger Stellenwechsel, und sie empfanden mehr Wertschätzung ihrer Arbeit. Auch das Sozial- und Familienleben wurde besser. Eine Reinigerin erzählte: «Seit ich Tagesarbeitszeiten habe, nähere ich mich langsam wieder meiner jüngsten Tochter an, die sich während der Arbeit in geteilten Diensten von mir entfremdet hatte.»

Die ganze Studie gibt's hier: [rebrand.ly/tagreinigung](https://rebrand.ly/tagreinigung).

## Rheinischer Liebesfilm

### «Alle die du bist»

Fabrikarbeiterin Nadine macht harte Zeiten durch. Ihr Betrieb ist vom rheinischen Braunkohlerevier abhängig. Die Aufträge schwinden, und die Löhne sinken. Mühsame Betriebsversammlungen begleiten die harte Arbeit. Dann sind da noch zwei Töchter, die versorgt werden wollen, und vor allem Paul. Ihn



**BERÜHREND:** Biezerin Nadine in den Armen ihrer Tochter. FOTO: ZVG

hatte Nadine vor sieben Jahren in der Montagehalle kennengelernt. Aus heisser Liebe wurde eine harzige Ehe. Paul erscheint ihr zunehmend als Fremder. Nadine hadert und kämpft – für das Feuer von einst und für ihren Mann, der, von Panikattacken geplagt, zwischen Bewerbungsgesprächen und dem Jobcenter schlingert. «Alle die du bist» ist ein aufwühlendes und zugleich herzerwärmendes Sozialdrama, das vielen Arbeiterrealitäten sehr nahe kommt.

## work verlost 5 x 2 Freikarten!

**Alle die du bist**, Deutschland/Spanien 2024, 108 Minuten, von Michael Fetter Nathansky, ab 6. Juni im Kino. Schreiben Sie uns, um an der Freikarten-Verlosung teilzunehmen!

## Bieler Ausstellung Streik in der Pianofabrik

Schrille Misstöne dringen vor fünfzig Jahren aus der Klavierfabrik Burger & Jacobi in Biel. Der Chef will den 13. Monatslohn nicht mehr bezahlen. Am 10. Juni 1974 tritt die Belegschaft in einen Streik, der über einen Monat andauert und weit über Biel hinaushallt. Aus einem betriebsinternen Konflikt wird eine nationale Debatte über Sozialpartnerschaft in Zeiten der Krise. Jetzt widmet das Neue Museum Biel dem legendären Streik eine Sonderausstellung. Gezeigt wird auch der preisgekrönte Dokfilm «Ein Streik ist keine Sonntagsschule» (1974). Darin analysieren die Piano-Streikenden ihre Macht und Ohnmacht noch während des Ausstands.

**Ausstellung Harmonie und Misstöne in der Pianofabrik**, Neues Museum Biel, Seevorstadt 52. Vernissage am 6. Juni. Programm unter [www.nmbiel.ch](http://www.nmbiel.ch).

## Zürcher Fundgrube Gretler im Sozialarchiv

Roland Gretler (1937–2018) war ein linker Fotograf, Sozialforscher, Archivar, Händler und leidenschaftlicher Sammler in einem. Sein «Panoptikum» im Dachstock des Zürcher Kanzleischulhauses war eine wahre Fundgrube: Neben seltenen Drucksachen und einmaligen Filmaufnahmen lagerten auch Pokale, Fahnen, Beizenschilder, Ehrenteller und viel Kurioses mehr. Nach Gretlers Tod begann das Schweizerische Sozialarchiv mit der Erschliessung seiner Sammlung. Heute ist das meiste Bildmaterial digitalisiert und online verfügbar. Zur Feier der gelungenen Übernahme lädt das Sozialarchiv an den alten Standort und präsentiert die Highlights.

**Feier Panoptikum/Sozialarchiv**, Dienstag, 4. Juni, 18.30 Uhr, Kanzlei Club, Kanzleistrasse 56, Zürich.

## workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



## KRANKENKASSENPRÄMIEN WERDEN UNBEZAHLBAR: DARUM JA ZUR PRÄMIENENTLASTUNGSINITIATIVE

Die Krankenkassenprämien schossen in den letzten beiden Jahren um 15 Prozent in die Höhe, während die Löhne kaum vom Fleck kamen (siehe auch Seiten 10/11). Für viele Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen ist es ein grauenhaftes Gefühl, die Prämienrechnung aus dem Briefkasten zu nehmen. Eine vierköpfige Familie zahlt heute mehr als 1000 Franken pro Monat. Selbst wenn sie ein HMO- oder Hausarztmodell gewählt hat. Das ist für viele Haushalte nicht mehr tragbar. Sie wissen langsam nicht mehr, wie sie die Prämie noch zahlen sollen.

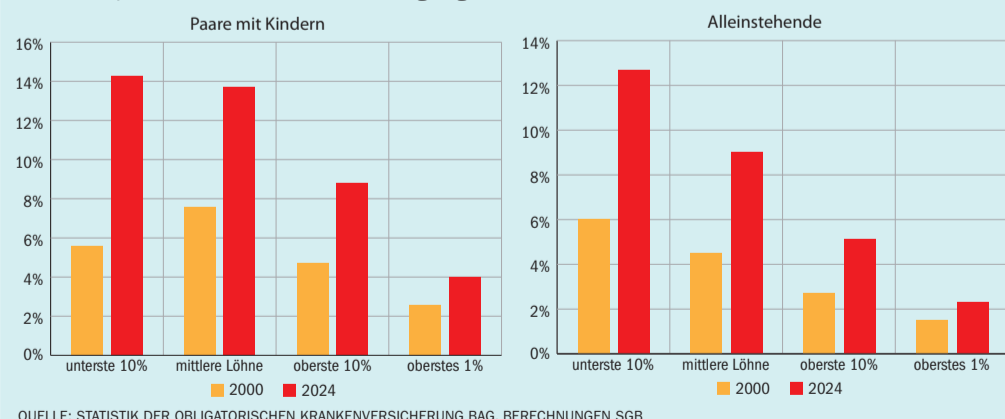
**VERDOPPELT.** Heute muss ein Paar mit zwei Kindern rund 14 Prozent des Nettolohnes für die Krankenkasse zahlen (Standardprämie). Vor knapp 25 Jahren war das weniger

als die Hälfte – nämlich etwas weniger als 8 Prozent. Es ist krass, aber leider wahr: Die Prämienbelastung hat sich in den letzten knapp 25 Jahren ungefähr verdoppelt.

**UNSOLIDARISCH.** Eines der Hauptprobleme ist, dass die Kantone ihre Prämienverbilligungen nicht ausreichend erhöht haben. Bei der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes hat der Bundesrat versprochen, dass niemand mehr als 8 Prozent des Einkommens für die Krankenkasse ausgeben müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Prämienverbilligungen eingeführt. Dieses Versprechen wurde von den Kantonen nicht eingehalten. Schlimmer noch: Während sich die Prämien real mehr als verdoppelten, wurden die Prämienverbilli-

### Prämienbelastung für Paare mit 2 Kindern und Alleinstehende

Standardprämie nach Prämienverbilligungen in Prozent des Nettolohnes



gungen mit 30 Prozent gleichsweise wenig erhöht. Die Krankenversicherung ist obligatorisch, was für die Solidarität gut ist. Unsolidarisch ist aber, dass diese in der Schweiz über eine Kopfprämie finanziert wird. Kita-Betreuerin und Rohstoffhändler zahlen gleich viel. Doch der

Prämienschock macht dem Rohstoffhändler nichts aus – er hat mehr als genug Geld. Für die Kita-Betreuerin wird er jedoch untragbar. Damit sich das ändert, haben die Gewerkschaften die Prämienentlastungsinitiative mit lanciert. Niemand soll mehr als 10 Prozent des Einkommens

für die Prämie ausgeben müssen. Wenn die Initiative am 9. Juni angenommen wird, werden die unteren und mittleren Einkommen endlich entlastet. Das ist überfällig.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).



### Trotz Vorbezug: Habe ich Anspruch auf Arbeitslosengeld?

Ich bin 60 Jahre alt und habe meine Arbeitsstelle aus persönlichen Gründen gekündigt. Im Moment würde ich meine Optionen ab und prüfe einen allfälligen Rentenvorbezug der beruflichen Vorsorge. Gleichzeitig würde ich mich aber auch arbeitslos melden und eine neue Arbeit suchen, da meine Pensionskassenrente allein nicht reichen wird. Ein Freund hat mich jedoch darauf hingewiesen, dass ich von der Arbeitslosenkasse nichts bekomme, wenn ich das machen würde. Stimmt das?

**NATASA JEVDENIC:** Nein, das stimmt so nicht mehr. Die gesetzlichen Bestimmungen haben sich mit der AHV-Reform per 1. Januar 2024 geändert. Seit diesem Jahr schliesst ein Rentenvorbezug der beruflichen Vorsorge oder der AHV einen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung nicht mehr aus. Die



BEIDES MÖGLICH: Selbst wer seine Rente vorbezahlt, kann von der Arbeitslosenkasse unterstützt werden. FOTO: KEYSTONE

Arbeitslosenkasse prüft in solchen Fällen, ob die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Die Leistungen der beruflichen Vorsorge und/oder AHV würden dann von der monatlichen Arbeitslosenentschädigung vollumfänglich abgezogen werden. Sofern die Arbeitslosentaggelder höher sind als die Rente, erfolgt eine Auszahlung der Arbeitslosentaggelder. Sind die Arbeitslosentaggelder tiefer als die Rente, erfolgt keine Auszahlung der Arbeitslosenkasse. Eine Rente der beruflichen Vorsorge und ein Vorbezug der AHV würden kumuliert.

### Arbeitslos vor der Rente: Wie lange?

Ich, weiblich, habe Jahrgang 1962 und werde meine Arbeitsstelle per Ende Juli verlieren. Mir wurde mitgeteilt, dass ich bei der Arbeitslosenkasse zwei Jahre lang Leistungen beziehen könne. Da ich aufgrund der AHV-Reform erst mit 64 Jahren und 6 Monaten in die AHV-Rente gehen kann, würde für mich eine Lücke von ein paar Monaten entstehen. Ist das richtig?

**NATASA JEVDENIC:** Nein, das muss nicht sein. Ob bei Ihnen tatsächlich eine Lücke entsteht, hängt davon ab, wie lange Sie vor dem Verlust Ihrer Stelle gearbeitet haben. Wenn eine Person vier Jahre vor dem Erreichen des ordentlichen AHV-Alters arbeitslos wird, kann der Anspruch auf Taggelder verlängert werden. Wenn Sie sich im Sommer 2024 zum Bezug von Arbeitslosenentschädigung anmelden, wird die Rahmenfrist bis zum Erreichen des AHV-Referenzalters andauern. Auch wenn Sie in die schrittweise Erhöhung des Referenzalters gemäss AHV-Reform fallen. Wie viele Taggelder Ihnen aber effektiv zustehen, hängt von Ihrer Beitragszeit ab. Wenn Sie in den letzten zwei Jahren zwischen 12 und 17 Monate in einem Arbeitsverhältnis standen, stehen Ihnen 380 Tage zu, bei 18 bis 21 Monaten sind es 520 Tage und ab 22 Monaten 640 Tage. Ob eine Lücke für Sie entstehen könnte, ergibt sich also aus dieser Berechnung.

## Weil wir immer noch für die Gleichstellung kämpfen müssen: Werden Sie Mit diesen Zeichen erzielen Sie grosse Wirkung

Auch im Jahr 2024 haben wir in vielen Bereichen noch keine Gleichstellung der Geschlechter erreicht. Deshalb rufen die Gewerkschaften am 14. Juni alle Frauen und solidarischen Männer zum Frauenstreik auf. Setzen auch Sie ein Zeichen!

MARIA KÜNZLI

Gründe, um am 14. Juni auf die Strasse zu gehen, gibt es viele. Noch immer liegt das Einkommen von Frauen durchschnittlich deutlich unter jenem der Männer. In schlechtbezahlten Stellen sind sie über- und in gutbezahlten Jobs untervertreten. Frauen erledigen einen grossen Teil der unbezahlten (Care-)Arbeit – die daraus resultierende Einkommenslücke schlägt sich schmerzlich in der Rente nieder (**rebrand.ly/frauenbschiss**). Zwar gibt es bei der AHV den Ausgleich zwischen den Geschlechtern, weil sie die Betreuung von Kindern und Angehörigen als rentenbildende Arbeit anerkennt. Doch die AHV-Renten sind sehr tief. Anders als in der Schweiz niemandem möglich, im Alter allein mit der AHV über die Runden zu kommen. Sie brauchen noch weitere Gründe? Bitte hier lang: **rebrand.ly/streik-für-löhne**. Um auf die Situation der Frauen aufmerksam zu machen, organisiert der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) gemeinsam mit den einzelnen Gewerkschaften auch am 14. Juni 2024 einen feministischen Streik. Verschiedene Komitees und Streikgruppen sind zurzeit daran, den Streik vorzubereiten. Sie möchten auch ein Teil dieser Bewegung sein, wissen aber nicht recht, wie? Vielleicht können oder wollen Sie Ihre Arbeit nicht niederlegen, möchten aber trotzdem ein Zeichen setzen? Das können Sie tun:



**ZEIGEN SIE FARBE.** Die Farbe des feministischen Streiks ist bekanntlich Violett. Tragen Sie sie am 14. Juni bei der Arbeit, und ermuntern Sie auch Ihre Kolleginnen und Kollegen, Farbe zu bekennen. Mutige bemalen ein weisses T-Shirt mit ihren Forderungen. Violette Textilmarker sind im Bastelladen erhältlich. Sie können sich auch offizielle Merchandise-Artikel bestellen und damit die Streikkollektive finanziell unterstützen (**rebrand.ly/streik-shop**).

**SCHAUEN SIE VORBEI.** Schweizweit sind am Streiktag kleinere und grössere Aktionen geplant, an denen Sie teilnehmen können – ent-

weder aktiv als Mitglied eines Streikkomitees oder passiv als Verstärkung. Beides ist wichtig und wertvoll! Falls Sie im Streikkollektiv in Ihrer Nähe mitmachen möchten, melden Sie sich via Mail unter **koordination@frauen-streiken**.

### Sie müssen nicht streiken, um ein Zeichen zu setzen.

Sie möchten einfach dabei sein? Ab 16 Uhr findet auf dem Bundesplatz in Bern zum Beispiel ein feministisches Picknick statt (Verpflegung selbst mitbringen). Der Demonstrationzug startet um 18.30 Uhr bei der Schützenmatte. Oder Sie kommen ab 19.30 Uhr direkt auf den Bundesplatz: Es gibt Reden, Musik und jede Menge Gleichgesinnte. Das Programm der einzelnen Städte und Sie brauchen noch weitere Gründe? Bitte hier lang: **rebrand.ly/streik-für-löhne**.

Noch ist vieles in der Planungsphase und deshalb nicht online. Schauen Sie regelmässig vorbei.

**MACHEN SIE MAL PAUSE.** Sie müssen nicht den ganzen Tag streiken, um ein Zeichen zu setzen. Verlängern Sie Ihre Pause und lassen Sie Ihre Vorgesetzten zum Beispiel mit einer passenden Mail-Absenkennotiz oder einem violetten Fähnchen auf Ihrem Pult wissen, dass Sie sich gerade in der Protestpause befinden. Am besten schliessen Sie sich dafür mit Arbeitskolleginnen zusam-



### WORKTIPP

### SO BLEIBEN SIE ENGAGIERT

Sie möchten sich als Unia-Mitglied für den Frauenstreik in Ihrer Region engagieren? Sie sind herzlich willkommen! Schreiben Sie ein Mail an **frauen@unia.ch**, und fordern Sie gemeinsam mit der Unia gute Löhne und Renten sowie faire Arbeitszeiten für alle. Über den feministischen Newsletter bleiben Sie darüber informiert, welche Aktionen die Unia plant, um Arbeitnehmerinnen auch nach dem 14. Juni zu unterstützen und die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben (**rebrand.ly/newsletter-gleichstellung**).

**BRINGEN SIE FAKTEN IN UMLAUF.** Die Hälfte der Frauen verdient weniger als 4126 Franken im Monat. Im Jahr 2023 waren 22,7 Prozent der erwerbstätigen Frauen in einem Penum von unter 50 Prozent angestellt. Bei den Männern waren es 7,6 Prozent. Solche und andere Fakten sollten Sie kennen und verbreiten. Das Bundesamt

IMMER NOCH HÄSSIG: Die Gleichstellung von Mann und Frau hat unsere Gesellschaft noch nicht erreicht. FOTO: KEYSTONE

für Statistik veröffentlicht auf seiner Website regelmässig die sogenannten Indikatoren der Gleichstellung von Mann und Frau mit den neuesten Zahlen. Diese helfen auch beim Argumentieren (**rebrand.ly/die-zahlen**). Spannende Fakten zum Thema Gleichstel-

lung finden Sie auch auf der offiziellen Streikwebsite des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (**www.14juni.ch**) oder auf der Website des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (**rebrand.ly/gleichstellung-schweiz**). Noch mehr Zahlen gefällt? Frauen verdienen in der

## sichtbar am Frauenstreik 2024! Sie grosse Wirkung

### DATUM MIT BEDEUTUNG

### WARUM DER 14. JUNI?

«Wenn Frau will, steht alles still!»: So lautete das Motto des ersten Frauenstreiks am 14. Juni 1991. Rund 500'000 Frauen beteiligten sich daran, legten die Arbeit nieder, versammelten sich auf Plätzen, vor Fabriken, machten Musik und feierten. Wie das «Historische Lexikon der Schweiz» schreibt, handelte es sich um die grösste politische Mobilisierung in der Schweiz seit



dem Generalstreik nach dem Ersten Weltkrieg: «Trotz Einschüchterungsversuchen beteiligten sich unerwartet viele Frauen und auch Männer. Streikverbote wurden vielerorts durch Aktionen wie überlange Pausen, Aushängen von Transparenten, Tragen des Streikbittens oder demonstrativen Nichtstun umgangen.»

**HISTORISCHES DATUM.** Bis heute hat sich der 14. Juni als Frauenstreikdatum gehalten – doch warum eigentlich? Am 14. Juni 1981 stimmte das Schweizer Volk in einer Abstimmung der Aufnahme des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung zu. Das Streikdatum soll an diese historische Abstimmung erinnern und daran, dass die Gleichstellung der Geschlechter zwar im Gesetz verankert, in der Realität in vielen Bereichen aber noch immer nicht umgesetzt ist. (mk)

lunge finden Sie auch auf der offiziellen Streikwebsite des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (**www.14juni.ch**) oder auf der Website des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (**rebrand.ly/gleichstellung-schweiz**). Noch mehr Zahlen gefällt? Frauen verdienen in der

**TEILEN SIE IHRE ERFAHRUNGEN.** Wie erleben Sie den Alltag als Hausfrau, die Gratisarbeit leistet, als berufstätige Mutter, die ihre Woche wie ein Feldweibel durchtackten muss, damit sie alles unter einen Hut kriegt? Oder wie geht es Ihnen in einer Führungsposition, umringt von Männern und dem Gefühl, sich doppelt beweisen zu müssen? Sprechen Sie darüber! Und seien Sie stolz auf das, was Sie täglich leisten.



## Feministische Literatur: Wir haben für Sie zum 14. Juni die passenden Diese Bücher (und noch viele mehr)



**Sie möchten feministisch in Laune kommen? Dann empfehlen wir Ihnen zu lesen. Feministische Literatur gibt es zuhauf. Fünf Tipps für Jung und Alt.**

MARIA KÜNZLI

**Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht (1949):** Quasi die «Bibel» der Frauenbefreiung. Die französische Schriftstellerin und Philosophin Simone de Beauvoir zeigt in ihrem fast tausendseitigen Werk Wege zu mehr Gleichberechtigung auf und entlarvt gesellschaftliche Strukturen, die Frauen in eine bestimmte Rolle drängen. Als «Das andere Geschlecht» 1949 erschien, löste es einen Sturm der Entrüstung aus. Die schonungslose Analyse zu selbstbestimmter Sexualität und Emanzipation der Geschlechter

war zu viel für damalige Gemüter. Heutige Leserinnen und Leser müssen sich erst ein wenig einfinden in das sprachlich und inhaltlich dichte Werk, finden aber dann viel Aktualität, zum Beispiel, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht.

**Chimamanda Ngozi Adichie: Mehr Feminismus! (2016):** Mit ihrem TED-Talk «We Should All Be Feminists» (deutsch: «Mehr Feminismus!») wurde die nigerianische Feministin und Autorin 2012 weltbekannt, über 5 Millionen Mal wurde die Rede seither angeklickt (**rebrand.ly/ted-talk-feminists**). Humorvoll und anschaulich erklärt Chimamanda Ngozi Adichie, was Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet und wie es auch anders ginge. Die Rede ist auf deutsch in Buchform

## Lesetipps zusammengestellt sollten Sie lesen!

erhältlich, zusammen mit vier weiteren Kurzgeschichten zum Thema Rollenerwartungen, Sexualität, Heimat und Liebe – klug und unterhaltsam.

**Elena Favilli, Francesca Cavallo: «Good Night Stories for Rebel Girls» (2017):** Mädchen brauchen Heldinnen. «Good Night Stories for Rebel Girls» versammelt 100 Texte über Frauen, die ins All geflogen, die Meere durchsegelt, neue Pflanzen entdecken, Gipfel erklimmen oder Länder regiert haben. Starke Frauen, die selbst mal Mädchen mit grossen Träumen waren.

nachgehen. Doch warum ist die eine Arbeit bezahlt und die andere nicht? Warum gilt die Journalistin und Mutter Sibylle Stillhart. In ihrem Buch «Schluss mit Gratis!» plädiert sie dafür, die unbezahlte Arbeit auf die politische Agenda zu setzen,

denn sie ist überzeugt: Es ginge, wenn man nur wollte.

**Miriam Suter und Natalia Widla: Hast du Nein gesagt? (2023):** Miriam Suter und Natalia Widla haben ein Buch über sexualisierte Gewalt in der Schweiz geschrieben. Dafür haben sie mit Betroffenen, Fachpersonen, Politikerinnen und Politikern gesprochen – darunter Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Nationalrätin Tamara Fumicello –, und sie nehmen die Justiz, die Polizei und Beratungsstellen unter die Lupe. Ausgehend von den Geschichten dreier Frauen, werden Abläufe und Ansprechpersonen dargestellt, die Betroffenen ebenso zum Verständnis wie zur Hilfe werden können. Informativ und eindrucklich zu lesen.

**100 Texte über starke Frauen, die selbst mal Mädchen mit grossen Träumen waren.**

**Sibylle Stillhart: Schluss mit Gratis! (2019):** Frauen leisten den Grossteil an Erziehungs- und Betreuungsarbeit – und das, obwohl die meisten von ihnen «nebenbei» noch bezahlten Jobs

### INSTAGRAM-TIPP DAS TÄGLICH BROT DER FRAU

Auf dem Instagram-Kanal «buetzer\_inne» erzählen Frauen, was sie sich in ihrem Berufsalltag anhören müssen (work berichtete: **rebrand.ly/sexismus**). Zum Beispiel schreibt eine Servicemitarbeiterin: «Da Moment... wann bin Vorstellingsgespräch ghörsch, dass si gärn e Ma würde asteue, wü die keni mensuell bedingte Störige hei.» Oder eine Malerin erzählt: «Da Moment... wann dir der Seniorchef ooni Vorwarnung der Staub vom Füdlä chlopf.» Wer eigene Erlebnisse teilen möchte, kann sich bei den Macherinnen des Accounts melden. **instagram.com/buetzer\_inne**

### saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



STROM SPAREN: Mit den richtigen Tricks hält der Akku deutlich länger durch. FOTO: ISTOCK

## So hält der Akku im Laptop länger

Wer unterwegs seinen Windows-Laptop benutzt, braucht viel Akkuleistung. Mit den richtigen Einstellungen zum Stromsparen läuft der Computer deutlich länger. Zum Beispiel hilft es, während der Arbeit die Leistung zu reduzieren. Fürs normale Surfen und Schreiben reicht die Leistung immer noch aus. In Windows 11 gehen Sie zu «Einstellungen», dann «System», «Strom & Akku». In Windows 10 suchen Sie über die Suchzeile im Startmenü die «Systemsteuerung» und öffnen sie. Dort zu «Energieoptionen» und weiter zu «Energiesparplan erstellen». Dann die stromsparendste Einstellung wählen. Zudem können Sie den Stromsparmodus aktivieren. Dann schaltet Windows einige Funktionen vorübergehend aus. In den Einstellungen «System» wählen, «Power & Akku» (Windows 11) oder «Systemsteuerung» und «Akku» (Windows 10). Hier einstellen, bei welchem Akkuladestand der Stromsparmodus aktiv werden soll.

### WLAN und Bluetooth brauchen Strom, selbst wenn sie nicht aktiv sind.

**DIE WEITEREN TRICKS.** Es hilft auch, den Monitor abzudunkeln. Die Helligkeit kann über Spezialtasten auf der Tastatur reduziert werden. Die Helligkeit reduziert sich zudem automatisch, wenn das Gerät in den Ruhezustand wechselt. Brauchen Sie kein WLAN und möchten sich nicht via Bluetooth mit einem Gerät verbinden, sollten Sie beide Dienste ausschalten. Sie brauchen ständig Strom, selbst wenn keine Verbindung aktiv ist. Die Symbole sind in der Symbolleiste oder unten rechts sichtbar. Sonst in den Einstellungen danach suchen. In Arbeitspausen sollten Sie rasch den Ruhezustand aktivieren. In den Einstellungen unter «System» können Sie einstellen, nach wie vielen Minuten der Laptop in den Ruhezustand wechseln soll: «Netzbetrieb und Energiesparmodus» (Windows 10) oder «Strom & Akku» (Windows 11). **MARC MAIR-NOACK**

## Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Ich, Praktikantin, verdiene nichts!

Ich habe meine Handelsschule abgeschlossen. Da ich keine Arbeit finde, mache ich ein Praktikum. Dieses ist jedoch unbezahlt, obwohl ich meine Ausbildung abgeschlossen habe. Ist das zulässig?

«Auf nationaler Ebene fehlt es in der Tat an klaren Regelungen für Praktika. In einigen Kantonen wie zum Beispiel Genf gibt es Regelungen, im privaten Sektor fehlen diese aber, so dass es leider häufiger zu Missbrauch kommt. Beispielsweise betrauen viele Arbeitgeber Praktikantinnen und Praktikanten mit Aufgaben, die nicht Teil der Ausbildung sind, oder sie bezahlen keinen Lohn, was einen klaren Verstoß gegen das Arbeitsgesetz darstellt. Denn: Wenn dein Praktikumsvertrag die Anforderungen eines Arbeitsvertrags erfüllt, ist deine Arbeitgeberin verpflichtet, dich zu entlohnen. Das hängt allerdings von vielen verschiedenen Parametern ab. Ich empfehle dir zu prüfen, ob es in deinem Kanton eine Regelung oder einen GAV gibt, der Praktika berücksichtigt. Danach solltest du prüfen, ob dein Praktikumsvertrag die Kriterien eines Arbeitsvertrags erfüllt. Wenn nicht, muss dein Praktikum einen Ausbildungscharakter haben!«



**Felicia Fasel, Jugendsekretärin.** die Kriterien eines Arbeitsvertrags erfüllt. Wenn nicht, muss dein Praktikum einen Ausbildungscharakter haben!« **Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch).**



# workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 6  
Das Lösungswort lautete: MIETRECHT



DEN PREIS, ein Reka-Card-Guthaben von 200 Franken, hat gewonnen: Dieter Brogli, Stein AG  
Herzlichen Glückwunsch!

Aktualitätsmagazin auf SRF	aus-schliesslich	Salz der Essigsäure	analog. Farbfernseh-system	Gesell-schafts-zimmer	kleine Beschä-digung	europ. Fluss	kleine Keller-krebse	eh. Post-u. Tel.-Betrieb	Absicht, Vor-haben	abge-sondert	jetzt, in diesem Moment
dt. Vorsilbe	13	SP-Ur-gestein (Franco)					9				
Teig-ware (Ez.)			Wein-stöcke	Furcht				Werk-zeug		Bär im Kinder-buch (dt.)	
		Magen-teil bei Wieder-käuern	Wald-stück abholzen				Compu-tereingabeta-ste	Hühner-vogel		5	
eh. dt. Staat	hinterer Teil des Beines Mz.			umso		Zauber-wesen Mz.		2		erneutes Mischen e. Auf-nahme	Regio-nen
Internet-schwätz-chen (engl.)			Vorn. v. Castro †	schmal				Kom-mando beim Boxen	alter Klavier-jazz (Kw.)		14
eh. schweiz. Turnerin (Ariella)	ausser-ordent-lich	offene Flammen				Edelgas	Falsch-geld-schein (ugs.)	4			
		8		Fortset-zungs-film (engl.)	Get-reide-blüten-stand				span. Insel-gruppe (Kw.)	lustiger Pfad im Appen-zell	
			Haus-wände	unbe-weglich			Riese, Titan	neuseel. National-vogel		7	
1. Mai war: ..., laut und kämpferisch	kanad. National-baum	Wetter-sendung auf SRF			gego-renes Milch-produnkt		Stern-system				
Grund-stück, Gelände	11	Färber-pflanze, Resede	Sinnes-organe	Wasser-lebewesen Ez.	belusti-gende Wirkung			Einzel-vortrag Mz.	Abk.: Tisch-tennis		
						best. Artikel (2. Fall)	chem. Verbindungen				
männl. Fürwort (3. Fall)	die Mindest-lohn- ... ist nicht aufzuhalten				Nach-folgerin der EG	nicht dahinter			scherzh.: US-Soldat	ital. Tonbez. für das D	
			motorlos fliegen				salopp, lässig				10
bepflan-zungs-fähig	Edel-metall-gewicht			Autokz. Kanton Uri		Berner ... feiern 150-Jahr Jubi-läum					

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch  
Einsendeschluss 14. Juni 2024

INSERAT

**UNIA**

**Immer noch hässig:**

**faire Löhne und gerechte Renten jetzt!**

Mehr Infos



**WORKLESERFOTO**



**Pflege eines Denkmals**

**WANN Sommer 2023**  
**WO Steinhaus VS**  
**WAS** Kaminsanierung an einem spätmittelalterlichen Heidehüh  
Eingesandt von Willy Jossen, Naters VS

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**

**8 work** 10. Mai 2024

**Am 9. Juni haben die Stimmdenen es definitiv in der Hand**  
**Umfrage-Mehrheit will Prämien deckeln**

Die Prämienlast wird für immer mehr Haushalte läss weit in den Mittelstand hinein unerträglich. Die Prämien-Initiative will das ändern. In den aktuellen Umfragen stimmt eine Mehrheit zu. Doch noch ist nichts gewonnen.



**ALIAS/STO: Die durchschnittlichen Krankenkassenprämien sind seit Jahren ein Problem, gegen das die Politik bisher nichts unternehmen hat.**

**LEICHTER LÖSUNG**  
Der Gesundheitsrat hat sich an der Überverengung, nicht um «abgeschraubten» im Gegensatz, die Zahl der Minderheiten. Die Zahl der Minderheiten ist heute bei 10 Prozent. Die Prämien sind aber noch höher. Glücklicherweise können die Minderheiten sich auch schon im Jahr 2024 von rund 8 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2023 zu vermindern. Einmal in beiden Jahren sind die Prämien für die Minderheiten und Kranke nicht über den Gesundheitsrat zu deckeln. Die Prämien sind aber noch höher. Glücklicherweise können die Minderheiten sich auch schon im Jahr 2024 von rund 8 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2023 zu vermindern. Einmal in beiden Jahren sind die Prämien für die Minderheiten und Kranke nicht über den Gesundheitsrat zu deckeln.

**JE REICHER JE MANDAT**  
In den Umfragen sieht es momentan gut aus. Die Umfrage im Auftrag der 13. AHV-Rente vom 17. und 18. April durchgeführte, sie zeigt eine Zustimmung mit 60 Prozent. In der Umfrage vom 10. und 11. April durchgeführte, sie zeigt eine Zustimmung mit 60 Prozent. In der Umfrage vom 10. und 11. April durchgeführte, sie zeigt eine Zustimmung mit 60 Prozent.

**TRUGKÖPFE**  
Eines der vielen in der Schweiz sind die Prämien für die Minderheiten und Kranke. Die Prämien sind aber noch höher. Glücklicherweise können die Minderheiten sich auch schon im Jahr 2024 von rund 8 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2023 zu vermindern. Einmal in beiden Jahren sind die Prämien für die Minderheiten und Kranke nicht über den Gesundheitsrat zu deckeln.

**BERN BECKEN**  
Die Prämien sind aber noch höher. Glücklicherweise können die Minderheiten sich auch schon im Jahr 2024 von rund 8 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2023 zu vermindern. Einmal in beiden Jahren sind die Prämien für die Minderheiten und Kranke nicht über den Gesundheitsrat zu deckeln.

**SCHWEIZER**  
Die Prämien sind aber noch höher. Glücklicherweise können die Minderheiten sich auch schon im Jahr 2024 von rund 8 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2023 zu vermindern. Einmal in beiden Jahren sind die Prämien für die Minderheiten und Kranke nicht über den Gesundheitsrat zu deckeln.

**WORK 6 / 10. 5. 2024: UMFRAGE-MEHRHEIT WILL PRÄMIEN DECKELN**

**So können wir das finanzieren**

Die Verweigerung der bürgerlichen Parteien nimmt groteske Züge an. Nachdem die Vorschläge des Bundesrates zur Finanzierung der 13. AHV-Rente abgelehnt worden waren, kam wenig Konkretes auf den Tisch. Verzögerungstaktik nennt man das! Nicht so SP-Nationalrätin Jacqueline Badran. Sie schlägt u. a. vor, die Stempelabgabe auf Börsengeschäften auf das ursprüngliche Niveau anzuheben. Dies könnte bis zu 4 Milliarden Einnahmen für den Bund generieren. SP-Nationalrätin Andrea Zryd fordert in einer parlamentarischen Initiative die Aufhebung des Bankgeheimnisses. Gemäss Uni-Professor Marius Brühlhart (Lausanne) entgehen dem Staat jährlich mindestens 2,5 Milliarden Franken Einnahmen. Dies bei rund 425 Milliarden hinterzogenem Vermögen. Das sind unglaubliche

Summen, die den ehrlichen Steuerzahler mit Lohnausweis mehr als nachdenklich machen. Die Finanzministerin ist aufgerufen, hier den Hebel massiv anzusetzen. Ihr Vorgänger hat dies leider verpasst.

**Eigennutz in der Politik**

Der Verdacht liegt nahe, dass sich viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier nach ihrer Wahl in Lobbyisten und Lobbyistinnen verwandeln und somit ihr Mandat für ihren Eigennutz missbrauchen. Die Krankenkasseninitiative wird, wie dereinst die AHV-Initiative, beide lanciert für die Milderung der Armut in der Schweiz, von einer Mehrheit der Parlamente bekämpft, weil angeblich die Finanzen fehlen. Dabei hat die gleiche Mehrheit in den letzten Jahrzehnten reihenweise Steuergeschenke für die «Eliten» durchgewinkt.

**WORK 6 / 10. 5. 2024: LA SUISSE EXISTE VON JEAN ZIEGLER**

**Nicht korrekt**

Die Kolonnen von Jean Ziegler sind stets eine Abfolge derselben Textbausteine. In seiner Kolumne vom 10. Mai hat er in die Geschichte eingegriffen. Richtig hält er fest, dass die Uno 1947 das britische Mandatsgebiet in Israel und Palästina aufteilte. Ebenso richtig hält er fest, dass die jüdische Bevölkerung diesen Plan akzeptierte, die palästinensische nicht. Dann «vergass» er aber zu erwähnen, dass eine geballte Allianz von arabischen Staaten, Ägypten, Syrien, Jordanien und Irak zusammen mit den palästinensischen Terrororganisationen, den neugegründeten Staat Israel überfielen – entgegen dem Uno-Entscheid. Trotz Überlegenheit in Zahl und Bewaffnung verloren sie den Krieg. Ja, die bittere Quittung war, dass im Gefolge Hunderttausende Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben wurden. Eine ebenso bittere Tatsache ist, dass Hunderttausende jüdischen Glaubens aus den arabischen Ländern vertrieben wurden – nach Israel (sie bilden heute die Mehrheit). Auch hier scheinen sich in Jean Zieglers Gedächtnis Lücken aufzutun. Aber natürlich darf man einem 90-jährigen diese Gedächtnisschwäche verzeihen, der im Auftrag Che Guevaras im Gehirn des Monsters seine Schlacht schlägt ...

**WORK 4 / 28. 3. 2024: LA SUISSE EXISTE VON JEAN ZIEGLER**

**Eine Freude**

Ich möchte mich bei Jean Ziegler für seinen Artikel «Israel regiert in

Bern» bedanken. Endlich gibt es auch in der Schweizer Presse eine kritische Stellungnahme zum Nahostkonflikt. Es ist mir eine Freude, Jean Ziegler in alter Frische und Deutlichkeit zu hören.

**WORK 6 / 10. 5. 2024: DER 1. MAI IM SRF: DURCH DEN DRECK GEZOGEN**

**Eine Frechheit**

Jonas Komposch trifft es mit seinem Kommentar hundertprozentig. Die 1.-Mai-Berichterstattung von SRF war unprofessionell, eine Frechheit und eine Beleidigung der Zehntausenden friedlich manifestierender Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wer bringt die Sache vor die Beschwerdeinstanz?

**WORK 6 / 10. 5. 2024: NEUER GAV FÜR DIE UHRENINDUSTRIE**

**Gratulation!**

Die monatelangen Verhandlungen tragen endlich Früchte. Gratulation an die ganze Verhandlungsdelegation! Jetzt muss nur noch die Mehrheit dieser 55000 Personen aus der Uhrenindustrie einsehen, dass ohne die Unia dieser GAV nicht zustande gekommen wäre, und sie müssen sich organisieren. Denn nur so können auch in der Zukunft solch gute Arbeitsbedingungen erreicht werden!

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an [work.Redaktion.Leserbriefe,Gewerkschaft.Unia,Postfach,3000.Bern.16](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe,Gewerkschaft.Unia,Postfach,3000.Bern.16)





Raumpflegerin **Zarije Bajrami** (58) reinigt Schulzimmer und kämpft für bessere Arbeitsbedingungen

# «Der Streik hat den Frauen viel Energie gegeben»

**Zarije Bajrami bringt als alleinerziehende Mutter ihre Familie und ihren Beruf als Raumpflegerin unter einen Hut. Dank ihren drei Kindern, Freundinnen und der Arbeit hat sie nach dem gewaltsamen Tod ihres Mannes einen Weg aus der Depression gefunden.**

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Die Kantonsschule Wiedikon thront auf einem grünen Hügel in der Stadt Zürich. In einem schlossähnlichen Gebäude gehen hier über tausend Jugendliche zur Schule. Doch für Zarije Bajrami beginnt der Arbeitstag erst am frühen Abend, wenn die meisten Schülerinnen und Schüler wieder weg sind. Bajrami putzt nach Schulschluss die Treppenhäuser, die Schulzimmer und die Turnhallen. Ihren Traumberuf habe sie in Kosovo zurückgelassen, sagt Bajrami. Dort habe sie als einziges Mädchen ihrer Klasse das Gymnasium besucht und danach eine Ausbildung als Agronomin abgeschlossen. Die Eltern hätten sie lieber zu Hause auf dem Bauernhof eingespannt. Aber sie habe gesagt: «Nein, ich muss weg, ich will meine Zukunft selber gestalten, ich will nicht auf eurem Bauernhof arbeiten.»

«**NË ZYRIH**» – «**IN ZÜRICH**». Als sie im Jahr 1992 im Alter von 26 Jahren mit ihrem Mann aus politischen Gründen in die Schweiz flüchtete, konnte sie ihren Beruf als Agronomin nicht mehr ausüben. Ein Jahr nach ihrer Ankunft wurde Bajrami Mutter und begann in Restaurants und in der Reinigung zu arbeiten. Zuerst habe sie mit ihrem Mann im Bauschänzli gearbeitet, einem Lokal auf einer Insel in der Limmat, wo Bratwurst serviert wird und oft Schlagermusik läuft. Die Familie wohnte in einer kleinen Angestelltenwohnung im Zürcher Stadtzentrum beim Bellevue. Das sei für sie und ihren Mann die glücklichste Zeit in der Schweiz gewesen. Über ihre Spaziergänge hat Bajrami auch ein Gedicht geschrieben «**NË ZYRIH**» – «**IN ZÜRICH**» und in einem Gedichtband veröffentlicht. Niemand hätte sie damals damit gerechnet, dass der Krieg im Balkan für sie Tod, Schmerz und Trauma bringen würde.

**WITWE MIT DREI KINDERN.** Zarijes Mann kehrte Ende der 1990er Jahre als humanitärer Helfer nach Kosovo zurück und wurde im Krieg tödlich angeschossen. Bajrami lebte in der Folge als Witwe mit ihren drei Kindern und sehr wenig Geld in Zürich. «Die Situation hat mich kaputtgemacht», erinnert sich Bajrami an diese Zeit. Der Tod ihres Mannes war für Bajrami ein Abgrund, eine Katastrophe, sagt sie. Trotz Depressionen und den Verpflichtungen als Mutter arbeitete sie damals Teilzeit

als Reinigungshilfe in der Migros, bei Conforama und auch als Putzfrau in privaten Haushalten. Als alleinerziehende dreifache Mutter sei der Alltag sehr anstrengend gewesen. Aber nur mit einem Arbeitsvertrag habe sie den Schweizer Pass für sich und ihre Kinder beantragen können. Im Jahr 2004 wurde die Familie eingebürgert. Ihr Heimatland Kosovo hatte sie damals wegen der fehlenden Papiere und der laufenden Einbürgerung während insgesamt 12 Jahren nicht mehr besucht.

**REDE AM FRAUENSTREIK.** Die Arbeit habe ihr aber auch geholfen, auf andere Gedanken zu kommen und neue Freundinnen zu finden. In dieser Zeit ist sie auch der Unia beigetreten. Zuerst habe sie sich regelmässig mit einer albanischen Gruppe der Unia getroffen. «Dort lernte ich, wie ich mich besser für mich und meine Kolleginnen in der Reinigungsbranche einsetzen kann», sagt Bajrami. Der Frauenstreik im Jahr 2019 sei für sie ein persönlicher Höhepunkt gewesen: «Ich durfte für den Sektor Reinigung eine Rede auf dem Helvetiaplatz halten.» In ihrer Rede forderte sie von den Arbeitgebern längere Schichten und Lohn erhöhungen. «Mit Zweistundenschichten verlieren wir viel Zeit für den Arbeitsweg und haben oft auch keine Pensionskasse.» Auch die Nachtzuschläge würden in der Branche oft nicht bezahlt. Das müsse sich ändern, denn oft arbeite das Reinigungspersonal in den Grossraumbüros bis spät in die Nacht und werde dafür nicht korrekt bezahlt. Sie selber erhalte für die Nacht-

arbeit einen Stundenzuschlag von 6 Franken und 60 Rappen.

**TEAM UND KLEINE GESCHENKE.** In ihrem jetzigen Job in der Kantonsschule Wiedikon ist Bajrami sehr zufrieden mit den Arbeitsbedingungen und vor allem auch mit dem Team, das wie eine multikulturelle Familie sei. Bajrami hat jetzt auch eine Pensionskasse und verdient als Kantonsangestellte mit einem 50-Prozent-Pensum etwa 2300 Franken brutto pro Monat. Mit diesem Lohn konnte sie sich die Miete in der Stadt Zürich nach der Sanierung ihrer Wohnung

jedoch nicht mehr leisten. Vor einigen Jahren ist sie mit ihren beiden Söhnen in die Zürcher Agglomeration nach Dietikon umgezogen. Gegen das Ende ihres Arbeitstages nach zehn Uhr reinigt Bajrami die Turnhallen, wenn die Sportvereine ihre Trainings und Turniere fertig haben. Feierabend ist dann oft erst gegen elf Uhr nachts. Es sei schön, die verschiedenen Menschen in der Schule und in den Turnhallen zu treffen. Manchmal erhalte sie auch Geschenke von den Sportvereinen oder von der Schulleitung. «Dann merke ich, dass die Menschen meine Arbeit schätzen. Das tut gut.»



**ZARIJE BAJRAMI**  
**FAMILIE AN ERSTER STELLE**

Zarije Bajrami ist Gründerin und Leiterin der albanischsprachigen Frauengruppe «Frauenenergie, Mutter Teresa». Mit den Frauen trifft sie sich wöchentlich – manchmal gehen sie ins Shoppingcenter, teilweise in die Kirche. In ihrem Alltag kommt aber immer zuerst die Familie. Inzwischen ist Bajrami auch bereits zweifache Grossmutter.

**PAZIFISTIN.** An zweiter Stelle in ihrem Leben kommen Lesen, Schreiben und Politik. Zarije hat einen Roman über eine schwangere Frau in der Ukraine geschrieben, die ihr Baby alleine im Wald gebären muss und dabei die existentielle Angst um das Neugeborene erlebt. Bajrami wünscht sich ein Ende aller Kriege dieser Welt, in der Ukraine, in Iran, in Israel und anderswo. Mit den vielen Kriegen bleibe kein Geld für die armen Menschen – für die Waffen hätten die Staaten aber immer Geld.

**UNIA.** Zusammen mit der Unia kämpft sie für die Frauen in der Reinigung. Wenn sie Chefs sehe, die mehr als einen Viertel ihres Stundenlohnes als Profit einstreichen, dann sei das für sie eine Form der Ausbeutung. «Der Frauenstreik», sagt sie, «hat den Frauen viel Energie gegeben, aber viele Forderungen sind bis jetzt nicht erfüllt worden.»

**ORDNUNG MUSS SEIN:** Bei Zarije Bajrami wird das Arbeitsmaterial schön sortiert im Schrank verstaut.



**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**  
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) E-Mail Redaktion [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) Internet [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), [annesophie.zbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophie.zbinden@workzeitung.ch); Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Darja Knežević, [darijaknezevic@workzeitung.ch](mailto:darijaknezevic@workzeitung.ch); Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), [parzivalmeister@workzeitung.ch](mailto:parzivalmeister@workzeitung.ch); Iwan Schauwecker, [iwanschauwecker@workzeitung.ch](mailto:iwanschauwecker@workzeitung.ch) Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Laura Gonzalez Martinez, Maria Künzli, Daniel Lampart, Malte Seiwert, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) Korrekturen Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch); Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.